

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Kundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in den Ausgaben der „Volkswacht“, Neue Gruppenstraße Nr. 5 und Neue Gruppenstraße 11, durch die Zweigstellen, Abzweigungsstellen, Postkasten 140, sowie durch alle Ausländer zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,08 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: **Dresden 2**
Verantwortl. Redakteur: **Georg Meißner**
Telefon-Nr.: **2141**
Postfach-Nr.: **1532**

Anzeigenpreis: 70 Pf. für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien, 70 Pf. für Anzeigen aus dem Ausland, 17 Pf. für Anzeigen unter 100 Zeichen, 10 Pf. für Anzeigen unter 50 Zeichen, 5 Pf. für Anzeigen unter 25 Zeichen, 3 Pf. für Anzeigen unter 10 Zeichen, 2 Pf. für Anzeigen unter 5 Zeichen, 1 Pf. für Anzeigen unter 3 Zeichen, 0,50 Pf. für Anzeigen unter 2 Zeichen, 0,25 Pf. für Anzeigen unter 1 Zeichen. — Die Anzeigen sind für die nächste Nummer zu bestellen, die demnach am 11. Tage vor der Drucklegung abzugeben ist.

Hindenburgs Bloßstellung durch Loebell.

„Private Neußerungen“ wie von Wilhelm II. — Böses Echo aus England. — Heute Reichstagsprotest.

Hindenburg vor dem monarchistischen Parteitarren.

Der frühere wilhelminische Minister v. Loebell galt schon unter dem Kaiser als besonders getreuer In- teressant und leitete heute jenen Bürgererrat, der nach dem Zeugnis des Jungführers Mahraun als Teilnehmer seiner Sitzungen die Einseitigkeit der Vaterländischen Verbände mit den Vertretern schwerindustrieller Kon- zerne, Großbanken und ähnlicher Gebilde zusammenführt. Mahraun hat vor einiger Zeit mitgeteilt, daß dieser Ausschuß in seiner Mehrheit gegen die Kandidatur Hindenburgs zur Reichspräsidentenschaft war, den er für nicht so brauchbar im Sinne seiner Pläne hielt als den schon länger mit der Schwerindustrie arbeitenden Herrn Jarres. Erst nach dessen Mißerfolg im ersten Wahlgang drang die Kandidatur des Feldmarschalls durch.

Hindenburgs erste Amtszeit hat ja dann auch die Drahtzieher vom Schlag eines Loebell enttäuschen müssen. Er trat in bezug auf Korrektheit in die von seinem Vorgänger Ebert geschaffenen Bahnen und bemühte sich darüber hinaus sogar um Heranziehung der Sozialdemokratie zu einer Koalitionsregierung, die freilich infolge der unsozialen Haltung anderer dafür in Aussicht genommener Partner nicht zustande kommen konnte. Kein Wunder, daß die Männer aus dem Dunkelzimmer des Reichsbürgerrats sich die größte Mühe gaben, diese Haltung des Präsidenten zu ändern. Spielte doch die Berührung, oder richtiger gesagt der Mißbrauch, seiner verfassungsmäßigen Rechte schon seit langem eine wichtige Rolle in ihren Plänen für den Übergang zur Diktatur. Wir wissen, daß es ihnen gelang, einen gewissen Putschisten und nahen Freund der kürzlich vom Oberreichsanwalt wegen versuchten Hochverrats in Vor- untersuchung genommenen Männer, den Major von Sodenstern aus der Redaktion der „Deutschen Zeitung“ bei Hindenburg Vortrag halten zu lassen. Dem Sohn des Reichspräsidenten wird die Vermittlung dieser wenig ehrenvollen Beziehung nachgesagt, die immerhin keine politischen Folgen hatte.

Aber erst dem alten Schieber Loebell gelang es, Hindenburg zu einem Schritt zu veranlassen, der ihn völlig aus der Amtsausübung seines Vorgängers heraus und in die Bahnen des „persönlichen Regiments“ Wilhelms II. zurück- führt. Wer erinnert sich nicht der von keinem Minister mitverantworteten „privaten“ Neußerungen des Redak- teurs, die so ungeschickt und taktlos die angeblich über- parteiliche Stellung seines Amtes vergaßen und in den Streit der Parteien eingriffen! Einen solchen Eingriff leistet sich auch Hindenburg jetzt, indem er die Ent- scheidung des unrechtmäßig zusammengeraubten Fürsten- vermögens zugunsten der am meisten notleidenden Schichten des deutschen Volkes in seinem Brief an Loebell als Erschütterung des Rechtsstaatsgedankens hinstellt. Die Idee des Rechtsstaats kann unmöglich durch einen in der Verfassung vorgesehenen und in Ausführungsgesetzen rech- tlich geordneten Akt der gesetzgebenden Gewalt des Volkes erschüttert werden. Wohl aber erschüttert der Präsident selber mit seinem Hinabsteigen in die poli- tischen Tageskämpfe den Glauben an eine Achtung vor Grenzen und Pflichten seines Amtes, wie sein Vorgänger sie in einer Weise absteckte, die ihm den Respekt der ganzen Welt einbrachte. Wir stellen das ungern fest, da wir das höchste Amt der Republik auch unter seinem jetzigen Inhaber, vor dessen Wahl wir warnten, immer in der ihm zu- kommenden Weise zu behandeln suchten. Hindenburg selbst ist es, der mit seinem Schritt auf diese Behandlung verzichtet.

Er hat freilich seinen Brief noch mit der Verfüh- rung eingeleitet, daß er eine öffentliche Kund- gebung nicht erlassen wolle. Aber bereits gestern läßt er erklären, daß er gegen die Veröffent- lichung seines „Privatbriefes“ durch Loebell keine Bedenken hatte. Macht diese spitzfindige Unter- scheidung zwischen einer öffentlichen Kundgebung und einem öffentlich verbreiteten Privatbrief der viel-

gerühmten Gradheit eines alten Soldaten Ehre? Sie kommt ja sicherlich nicht von ihm persönlich, sondern von der Loebell-Clique. Der „Vorwärts“ kann gestern bereits ein Originalplakat wiedergeben, aus dem hervor- geht, wie diese Leute den Hindenburgbrief ausnutzen wollen. Sie drucken ihn ab, setzen das Bild des Präsi- denten darüber und fügen in Kleinschrift ihre terro- ristische Parole „Deshalb am 20. Juni Stimmenthal- tung!“ in einer Weise an, daß jeder Leser annehmen muß, diese Worte gehörten noch mit zum Hindenburg- brief. Für derartige Schwindel manöver ist der Präsident persönlich nicht verantwortlich zu machen, aber er mußte daraus ersehen, mit was für struppelosen Politikern er sich eingelassen hat.

Die Wirkung dieses Briefes auf die Massen fürchten wir nicht. Herr v. Loebell hat sich nichts anderes schreiben lassen, als was untergeordnete deutschnationale Agitatoren seit Wochen und Monaten erfolglos durchs Land brüllten. Wie wenig das zieht, zeigte eben erst Meißner. Das Rechtsgefühl des Volkes wird sich nicht einreden lassen, daß das erarbeitete Eigentum des Kleinbauern oder des städtischen Sparers gekürzt wird, wenn auch die Hohenzollern Revenuen- mögen behalten dürfen, die sie sich nach dem Zeugnis des preussischen Finanzministers durch Mißbrauch ihrer früheren königlichen Rechte zur Bereicherung des Staates aneigneten. Der wirtschaftliche Sinn der Massen wird einsehen, daß sie nicht nur weniger zur Milderung der grauigsten sozialen Not erhalten, sondern noch mehr an Steuern hergeben müssen, wenn die früheren Fürsten über 2½ Milliarden für ihr Privatvergnügen an Ab- findung bekommen sollen.

Das einzige Neue an Hindenburgs Brief ist der Hinweis auf sein „Leben im Dienste der Könige von Preußen und der deutschen Kaiser“. Aber diese Er- innerung, so sagt die bürgerliche „Frankfurter Zeitung“ mit Recht, wird dem Volksentscheid keinen Abbruch tun. Sie kann im Gegenteil dazu führen, daß der Kampf um Fürstenenteignung sich erweitert zum Kampf um Fürsten- erinnerung und Fürstenwiederkehr. Wenn Hindenburgs Brief aus dem Volksentscheid eine Abstimmung über Wiederkehr zur Monarchie zu machen droht, dann wird er seinen Freunden keinen Dienst erweisen. Dann wird er Hunderttausende, vielleicht Millionen, die heute noch von rechtlichen oder politischen Bedenken gehemmt sind, zur Entscheidung gegen jede Gefährdung des heutigen republikanischen Staates führen.“ So das bürgerliche Blatt, das dem Volksentscheid bisher kritisch gegenüber- stand und ein Kompromiß im Sinne Höpfer-Michoffs als endgültige Regelung vorgezogen hätte. Ein solches Kompromiß wird jetzt bestimmt nicht mehr der Ab- schluß des Kampfs gegen die Fürsten sein, nachdem sich so deutlich herausstellt, welche Republikfeinde die Zahlungen an ihre fürstlichen Gönner am sehnlichsten erwarten und wie stark, von allem übrigen abgesehen, schon die politischen Gründe sind, aus denen die Repu- blik ihren Todfeinden keinen Pfennig bemilligen darf. Jetzt erst recht heraus zum Volks- entscheid!

Hindenburgs Echo.

Kopfschütteln in England.
Die heutige Reichstagsdebatte.
London, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Hindenburg- Brief hat in London größte Aufmerksamkeiten gefunden. Sämtliche Zeitungen bringen ausführliche Berichte ihrer Berliner Vertreter mit Kommentaren, in denen durchweg das Erkennen darüber ausgedrückt wird, daß die Stellungnahme des Reichspräsidenten zum Volksentscheid überhaupt veröffentlicht werden konnte. Mehrere Berichte führen die Veröffentlichung des Briefes darauf zurück, daß es dem Reichstagspräsidenten nicht in dem gleichen Maße wie Luther gelungen sei, Hindenburg vor politischen Un- bedachtlichkeiten zu warnen. Niemand hält im Ausland eine Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Neußerungen des Reichspräsidenten für wesentlich, ein Eingreifen des Präsidenten wird vielmehr durchwegs als unerlaubt empfunden. Die Fest- haltung eines Blattes, die Annahme von Hindenburgs Ver- öffentlichung, ist demnach als unzulässig erachtet. Lediglich drückt den Grundtenor aus, auf den die gesamte Bericht- erstattung gestellt ist.
Der „Manchester Guardian“ glaubt nicht, daß Hindenburgs Brief einen nachhaltigen Eindruck auf das Abstimmungsverhalten des Volksentscheides haben werde. Die einzigen, die nach seiner Meinung davon profitieren könnten, seien die Kommunisten, für

die dieser Brief ein wahres Geschenk des Himmels sei. Man kann schon jetzt ohne Übertreibung sagen, daß die Veröffentlichung des Briefes dem Ansehen Hindenburgs in England, das er sich infolge seiner Zurückhaltung in hohem Maße errungen hatte, mehr geschadet hat, als alle seine politischen Neußerungen vor seiner Präsidentenzeit zu- sammengenommen.

Die kommunistische Fraktion hat am Dienstag im Reichstag eine Interpellation über den Brief des Reichspräsi- denten an den ehemaligen Kgl. Staatsminister v. Loebell ein- gebracht. Sie verweist darauf, daß der Reichspräsident im Falle der Annahme des Volksentscheids im Begriff steht, das Enteignungsgesetz nicht zu zer- klünden und so einen Staatsstreich zu verüben, (oder zurück- zutreten? Red.), ohne daß die Reichsregierung diesem Plan bisher entgegengetreten wäre. Dem Kabinett wird weiter vor- geworfen, bis jetzt nichts getan zu haben, um die Tätigkeit des Verbindungsmannes der Vereinigten Vaterländischen Verbände zum Reichspräsidenten, des Majors von Sodenstern, zu unter- binden. Schließlich wird auf das verfassungswidrige Verhalten Hindenburgs in der Duellfrage und bei dem Erlaß der Flaggen- Verordnung hingewiesen. Die Interpellation schließt mit der Frage: Ist die Regierung bereit, ihr Verhalten sofort vor dem Reichstag zu verantworten? — Die kommunistische Fraktion kündigt gleichzeitig ein begründetes Mißtrauens- votum gegen die Regierung Marx an, das bis Donnerstag dem Reichstag vorgelegt werden soll.

Es müßte ja etwas unglücklich an, daß gerade die Kommu- nisten die „Hindenburg-Debatte“ zu ihrem Wahlsieg zu- helfen haben, jetzt vor Enttarnung gegen ihn loben. Spätestens am Donnerstag wird die erste Lesung des Ab- findungsentwurfes im Reichstag vorgenommen und so besteht ausreichende Gelegenheit, zu dem Hindenburg- brief Stellung zu nehmen, noch bevor die kommunistische Inter- pellation dem Reichstag gedruckt vorliegt. Die Sozialdemo- kratie hat schon angekündigt, diese Gelegenheit gebührend aus- zunutzen, ehe die Kommunisten an eine Interpellation denken.

Die Bemühungen des Zentrums um das Kompromiß.

Drohung mit einem zweiten Volksentscheid gegen die Volkspartei.
Die Zentrumsfraktion besaßte sich am Dienstag abend mit dem Volksentscheid und der Fürstenabfindung. Die Hoffnung des Zentrums geht immer noch dahin, daß der Regierungsentwurf über die Fürstenabfindung noch vor dem Volksentscheid eine Mehrheit im Reichstag findet; jedoch sieht das Zentrum, wie verlautet, auf dem Standpunkt, daß es sich auch dann nicht von einer „endgültigen Lösung“ der Abfindung abbringen lassen werde, selbst wenn die übrigen Regierungsparteien nicht mit- machen sollten. Das Zentrum will vielmehr für den Fall, daß der Volksentscheid nicht durchgehen sollte, ein neues Gesetz im Reichstag einbringen und die darin vorgesehene Rege- lung der Fürstenabfindung gegebenenfalls einem zweiten Volksentscheid unterwerfen.
Mit diesen Auslassungen, die aus der Sitzung der Zentrums- fraktion bekannt werden, will das Zentrum vor allem einen Druck auf die widerpenstige Volkspartei ausüben, die den Absichten des Zentrums selbst bei der Erledigung des Regierungsentwurfes zur Fürstenabfindung die größten Hemmungen entgegensetzt. Der Gedanke eines zweiten Volksentscheides ist freilich so um- ständlich, daß schon deswegen die meisten Wähler die klare Entscheidung vorziehen werden: für den vorliegen- den Volksentscheid gegen die Fürsten zu stimmen.

Die Hauszinssteuer in 2. Lesung vom Landtag angenommen.

Der Preussische Landtag nahm am Dienstag eine Reihe von wichtigen Bestimmungen, darunter die zur zweiten Lesung der Hauszinssteuer, vor. Um vorläufige Entscheidungen besser vertreten als bei der letzten Abstimmung über die Hauszinssteuervorlage vor einigen Monaten, wo bekanntlich die Rechtsparteien und Kommunisten zusammen die Hauszins- steuervorlage zum Scheitern brachten. Von der Sozialdemokra- tischen Fraktion fehlten am Dienstag nur vier Abgeordnete, deren Fernbleiben begründet und entschuldigt war.
Zunächst kam die Abstimmung zur zweiten Beratung des Gesetzesentwurfes zur Sicherung einer einheitlichen Abgabe der preussischen Steuern im Reichsrat an die Reihe. Deutsch- nationale und Zentrum beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Da nur 208 Kräfte abgegeben worden waren, war das Haus beschlußfähig.
Sofort berief der Präsident eine neue Sitzung ein, in der die Abstimmung zur zweiten Beratung der Hauszinssteuer vor- genommen wurde. Der deutschnationale Antrag, nämlich die Steuer nicht 1000, sondern nur 900 Prozent der Grund- wertsteuern betragen soll, fiel in unmittelbarer Abstimmung er wurde mit 215 gegen 156 Stimmen abgelehnt. Der erste Teil des Hauszinssteuerentwurfes wurde mit 215 gegen 156 Stimmen angenommen. Die zweite Lesung der Hauszinssteuer wurde am 11. Juni in der zweiten Sitzung des Landtages angenommen. Die zweite Lesung der Hauszinssteuer wurde am 11. Juni in der zweiten Sitzung des Landtages angenommen. Die zweite Lesung der Hauszinssteuer wurde am 11. Juni in der zweiten Sitzung des Landtages angenommen.

behalten, wurden abgelehnt und das Gesetz nach den Ausschüssen angenommen.

Dagegen wurde der Haushalt des Finanzministeriums im wesentlichen nach dem Hauptauswahlschluß angenommen. Eine Reihe von Entschliessungsanträgen fand Annahme. Unter anderem soll eine Angleichung der Aufstiegsverhältnisse der preussischen Beamten an die der Reichsbeamten erfolgen. Bei der Abstimmung über den Haushalt der Seehandlung wurde ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, der die Beitragszulage für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Staatsbank unter Aufhebung an die Reichsbank auf 25 Prozent festgesetzt wissen wollte.

Es folgte Weiterführung der Aussprache über den Justizhaushalt.

Hg. Csehoff (D. Bp.) stellte sich schützend vor den Preussischen Richterverein, dem genug „demokratisch gesinnter Richter“ angehören.

Staatssekretär Frey nahm im Verlauf der Debatte die schon im Hauptauswahlschluß von der Linken stark angegriffenen hohen Justizbeamten, wie Landgerichtsdirektor Bombe, Landgerichtsrat Vorbaum usw. in Schutz.

Bei der Festlegung der Tagesordnung für Mittwoch wurde die vom Präsidenten vorgeschlagene dritte Beratung der Haus- und Steuer durch den Widerspruch der Kommunisten und Deutschnationalen abgelehnt. Mittwoch: Justizhaushalt.

Die bayrische Verfassungsänderung abgelehnt.

München, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Bayerischen Landtag war am Dienstag nachmittag ein „Großer Tag“. Es stand die entscheidende Abstimmung über den bekannten verfassungsändernden Antrag der vereinigten Reaktionen auf der Tagesordnung, die darauf abzielt, den monarchistischen Parteien mehrere Nachpostionen einzuräumen. Bis zuletzt waren die Ausschüsse noch recht unklar. Die Spannung stieg deshalb auf höchste. Im letzten Augenblick wurde der Plan der Reaktion durch die Stimmenthaltung des linken Flügel des Bauernbundes angelehnt. Abgeordnete Klarhauser und die Reim-Stimme eines milden Abgeordneten beteiligt. Die Verfassungsänderung konnte die erforderliche Zahl von 86 Ja-Stimmen nicht erreichen. Die Abstimmung ergab 85 Ja, 37 Nein und eine Stimmenthaltung. Unter dem lebhaften Bravo und Händeklatschen der Linken verkündete der Präsident dieses Ergebnis, während die Drahtleser des dunklen Abends wie beglückte Pudel abjagten.

Die Hannoverischen Kadaverstudenten werden mürbe, trotz großzügiger Geldunterstützung

Hannover, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Studentenrommel an der Technischen Hochschule hat seinen Höhepunkt überschritten, obwohl noch einflussreiche Kräfte am Werke sind, die Hitze weiter zu treiben. Die Zahl der zu Einsicht und Vernunft zurückkehrenden Studenten wächst jedenfalls fortgesetzt. Die Ankündigung des Rektors, daß bei fortgesetzter Widerständigkeit weitere Relegationen folgen werden, scheint nicht ohne Eindruck geblieben zu sein. Das Disziplinarverfahren gegen die 200 größten Kadavermacher wird durchgeführt.

An der Hochschule in Braunschweig besteht für eine größere Anzahl von Studenten keine Möglichkeit mehr zur Immatrikulation. Die Drohung mit dem Bezug nach Danzig muß erst recht als verheißt bezeichnet werden. Wollen die Studenten nicht ein Semester verlieren, so bleibt ihnen nichts anderes übrig, als Vernunft anzunehmen.

Die Reihe der Studenten von Hannover nach Braunschweig hat allein, so weit der Spurensatz in Frage kommt, 8000 Mark erreicht. Es muß deshalb die Frage aufgeworfen werden, wer diese hohe Summe zur Verfügung gestellt hat. Sie muß von einer einzigen Stelle bereitgestellt worden sein, da sämtliche Teilnehmer an der Fahrt kostenlos von Hannover nach Braunschweig zur zweiten Klasse befördert wurden. Die Klärung der Angelegenheit ist um so wichtiger, als sich durch sie am besten ergeben wird, welche Kräfte hinter den wölkischen Hebern an der Technischen Hochschule in Hannover stehen.

Der Bergarbeiterversicherung im Reichstag.

Die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über Abänderung des Reichsversicherungsgesetzes wurde gestern im Reichstag fortgesetzt.

Hg. Imbusch (Ztr.) erklärt gegenüber den Deutschnationalen, daß nicht das vorliegende Gesetz den sozialen Frieden gefährde, das belagerten vielmehr die Unternehmer, indem sie die Leistungen der Versicherung herabzudrücken versuchen. Es sei überflüssig, den Bergleuten bei großen Unglücken die Sympathien auszusprechen, wenn man sonst nichts für sie tun wolle. Die Klagen über die Soziallasten seien unbegründet; hätten wir nicht die Versicherung, so müßte der Lohn mindestens um den Versicherungsbeitrag erhöht werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns führt aus, daß die Mehrbelastung durch diese Vorlage vom Ministerium auf 22 Millionen Mark geschätzt werde. In den ver-

gangenen Jahren seien sehr hohe Rücklagen gemacht worden, im Jahre 1924 66 Millionen, im Jahre 1925 89 Millionen. (Hört Hört! h. d. Sag.) Die Rückstellungen für die Beschäftigten würden also keine größeren Lasten verursachen, als die Regierung beordnen habe.

Hg. Schwan (Komm.) wünscht die Einbeziehung der Salinen sowie der Industrien der Steine und Erden, soweit sie nach bergbauartiger Methode betrieben werden. Notwendig sei der Einfluß der Stillstände in die Knappheitsversicherung. Besondere Rücksicht dürften von den einzelnen Betrieben nicht mehr erzwungen werden. Redner beantragte, daß den Versicherungen schon mit 45 Jahren, wenn sie 20 Dienstjahre hinter sich haben, Invalidenpension gewährt werde, die Alterspension soll mit 60 Jahren gewährt werden können. Die Witwenpension müsse mindestens 85 Prozent der Invalidenpension betragen.

Hg. Schneider-Berlin (Dem.) weist die Kostenberechnung der Unternehmerverbände als unzutreffend zurück. Das Unrecht, das von den Unternehmern durch die Aufhebung oder Nichterfüllung der Familienhilfe begangen wurde, müsse jetzt durch deren gesetzliche Festlegung wieder gutgemacht werden.

Hg. Schlüter (D. Bp.) bezieht die Beschlüsse des Ausschusses als einen gefundenen Ausgleich zwischen den Forderungen der Unternehmer und der Arbeiter.

Hg. Sührer (Ztr.) stimmt der Vorlage zu, sie sei für den Bergbau auch in seiner jetzigen Lage tragbar.

Mittwoch: Einzelberatung der Novelle zum Reichsversicherungsge-
setze, deutsch-schweizer Handelsvertrag, Vermögens-
rechtliche Auseinandersetzung mit den früheren
Fürstenthümern.

Das Arbeitsgerichtsge- setz im Reichstagsaus- schuß.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat am Montag mit den Beratungen des Entwurfes über das Arbeitsgerichtsge-
setz begonnen. Am ersten Tage schon verließen die
Rechtsparteien durch eine lange Generaldebatte die Erledigung
des Gesetzes wieder zu verschleppen. Hg. Thiel (D. Bp.) und
Dr. Rademacher (Dnat.) waren bei diesen Diskussionsreden
besonders leistungsfähig. Die Sozialdemokratie durchkreuzte dieses
Verfahrensmandat und ließ durch den Hg. Aufhäuser
erklären, daß sie an diesen Redebühnen sich nicht zu beteiligen
beabsichtige. So konnte wenigstens am zweiten Beratungstage
der § 1 des Entwurfes in Angriff genommen werden. Während
die Regierungsvorlage selbständige Arbeitsgerichtsbehörden vor-
sieht, steht an der Spitze eines von den Rechtsparteien ein-
gebrachten Vorschlags folgender Grundtext:

„Die Gerichtsbarkeit in Arbeits-
sachen liegt
den ordentlichen Gerichten ob.“

Die Antragsteller wollen also die Arbeitsgerichte lediglich als
eine Art Unterabteilung bei den ordentlichen Gerichten gelten
lassen. In der ausgedehnten Debatte brachte Hg. Lambach
von den Deutschnationalen offen zum Ausdruck, daß man sich bei
feineren Freunden gerade in der neueren und durch die Umwälzung
veränderten Zeit nur noch von den ordentlichen Gerichten etwas
verspreche. Der reaktionäre Vorstoß, den Hg. Aufhäuser (Soz.)
dahin charakterisierte, daß man im Begriff stehe, überhaupt die
Sondergerichte aufzuheben, wurde auch von dem rechten
Flügel der Demokraten, dem Hg. Raschig, unter-
stützt, während sich außer den Sozialdemokraten das Zentrum
enthielt, für die Ablehnung des Antrages eintrat.

Die Kommunisten hatten einen besonderen Gesetzentwurf
eingebbracht, in dem sie den Arbeitsgerichten die Aufgabe geben,
zum Schutze der Arbeiterschaft zu wirken. In diesem teilweise
recht phantastisch gehaltenen Entwurf wird den Arbeitsgerichten
in völliger Verkennung ihres Zweckes etwa die Tätigkeit der
Gewerkschaften zugewiesen. Der Entwurf kann sozialpolitisch kaum
ernst genommen werden. Die grundsätzliche Abstimmung über
den § 1 ist am Mittwoch zu erwarten.

Vierteljahrsgehälter für die Beamten vielleicht 1927.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages be-
schäftigte sich am Dienstag mit einem Antrag der Demokraten
auf vierteljährliche Gehaltszahlung an die Be-
amten. Das Reichsfinanzministerium machte starke Bedenken
gegen die sofortige Einführung der Vierteljahrszahlungen unter
den gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen
geltend. Die finanzielle Auswirkung des Antrages bedeute für
Reich, Länder und Gemeinden sowie Bahn und Post eine An-
spannung von 900 Millionen Mark. Selbst wenn man die viertel-
jährliche Zahlung in Dritteln durchführe, wären immer noch für
Reich, Länder, Gemeinden und Bahn 450—460 Millionen, für
das Reich allein 60 Millionen auf einmal nötig. Die Finanz-
minister von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden,
Hessen hatten ebenfalls dringende Vorstellungen gegen die
Vierteljahrszahlung erhoben. Für die Reichsbahn wäre
ein Betrag von 200 Millionen nötig, bei der Drittelung 100 Mil-
lionen. Das könnte die Bahn ohne Tarifserhöhung nicht leisten.
Unterlasse sie es, so läge aber eine neue Kluft zwischen Reichs-
und Bahnbeamten. Die Vierteljahrszahlung solle wieder ein-
geführt werden, sobald die Finanzlage es gestatte.
Die Frage könne spruchreif sein nach Verabschiedung des
kommenden Haushalts am 1. April 1927.

Der Vertreter des Zentrums schloß sich der Auffassung
des Finanzministeriums an, zumal auch mit Rücksicht auf die Ge-
meinden des Westens, die 600 bis 700 Millionen gegenwärtig

nicht aufbringen könnten. Gegenüber dem Hinweis auf die
200 Millionen Mark Ueberschuß aus dem Jahre 1924 teilte der
Vertreter des Finanzministeriums mit, daß davon 148 Millionen
bereits in den Haushalt von 1926 eingestellt sind, weitere neue
Anforderungen seien so zahlreich vorhanden, daß über die Ueber-
schußbeträge bereits verfügt sei. Die Demokraten zogen
daraus ihren Antrag zurück unter der Voraussetzung,
daß die Wiedereinführung der vierteljährlichen Gehaltszahlung
im Reichshaushaltsplan für 1927 Berücksichtigung findet. Darauf-
hin nahmen die Kommunisten den zurückgezogenen
Antrag wieder auf, der jedoch abgelehnt wurde.
Annahme fand eine Entschliessung, daß in den Reichshaushalts-
plan für 1927 die Mittel eingestellt werden sollen, die
zur Wiedereinführung der vierteljährlichen Zahlung der Be-
amten erforderlich sind — nach Maßgabe der Drittelung — vom 1. April
1927 ab erforderlich sind.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen

werden gegen Ende Juni ihren vorläufigen Abschluß finden. Die
dann eintretende Verhandlungspause dient der Stellungnahme
der deutschen und polnischen Regierung zu dem einstweiligen Ver-
handlungsergebnis. Das Resultat dieser Stellungnahme werden
die Regierungen schriftlich austauschen. Wahrscheinlich werden
noch dem „Soz. Presseblatt“, die endgültigen Ver-
handlungen erst im Herbst aufgenommen!

Bei den gegenwärtigen Verhandlungen muß im Rahmen der
Erörterung der Ein- und Ausfuhrverbote vor allem die Kohlen-
frage erst noch in Angriff genommen werden. Die Nieder-
lassungsfrage ist bisher noch nicht miteinverleert
worden, abgesehen das von polnischer Seite aus diesmal zugestanden
worden war.

Aus dem Reiche.

100 Millionen Mark Steuern hinterzogen und festgesetzt!
Dem Reichstage liegt jetzt eine Uebersicht über das Ergebnis der
im Reiche im Jahre 1925 vorgenommenen Buchprüfungen vor.
Danach wurden 79 752 Fälle untersucht. An Einkommen- und
Körperschaftsteuern wurden rund 47 Millionen Mark
mehr festgesetzt, an Geldstrafen in diesen Fällen wurden 2,8 Millionen
Mark verhängt, an Umlagesteuer wurden rund 80 Millionen
Mark mehr Steuern festgesetzt und 4,6 Millionen Mark Geld-
strafen verhängt. Bei der Vermögenssteuer wurden
13,6 Millionen Mark mehr festgesetzt und 250 000 Mark Geld-
strafen verhängt. In anderen Reichsteuern wurden 6,5 Millionen
Mark mehr festgesetzt und 55 000 Mark Geldstrafe verhängt. In-
gesamt wurden 98 Millionen Mark mehr Steuern
festgesetzt und 7,5 Millionen Mark Geldstrafen ver-
hängt. Die meisten Mehrsteuern brachte das Landesfinanzamt
Berlin, nämlich 34 Millionen Mark, auf. Dann folgt Düsseldorf
mit 6,8 Millionen Mark. In Breslau betragen die Mehr-
festsetzungen 2,7 Millionen Mark, in Oberhessen 880 000 Mark.
Die Buchprüfungen beschränkten sich fast ausschließlich auf die
Städte. Wenn bei den „notleidenden“ Großagrariern, die zum
Teil bisher ganz steuerfrei waren, Buchprüfungen vorgenommen
werden, würden noch weit höhere Beträge herauskommen.

Sachsen gegen den Flaggenerlass. Der Sächsische Landtag
nahm gestern gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der
Deutschen Volkspartei, sowie des Ministerpräsidenten selbst einen
Antrag an, die Regierung zu veranlassen, bei der Reichsregierung
mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß der Flaggenerlass der
Reichsregierung baldmöglichst zurückgezogen werde. Ministerpräsident
selbst hatte empfohlen, dem Antrag nicht zuzustimmen, da er
durch die Neuwahl in gewisser Beziehung überholt sei.

Gegen 29 Teilnehmer an den Bernauer Winger-Unruhen
ist nunmehr Anklage wegen „Landfriedensbruch“, „Urkunden-
fälschung“ usw. eröffnet worden.

Deutschnationale Verleumdungsmethoden. Wegen Ver-
leumdung des sozialdemokratischen Landrats Guste aus Merle-
burg wurde am Dienstag der Geschäftsführer der Deutschnatio-
nalen Schriftenvertriebsstelle, Dr. Weisk, zu einer Geldstrafe von
1000 Reichsmark verurteilt. Die deutschnationale Propaganda-
stelle hat in einer Heftkrift „Republikanische Propaganda-
beamt“ den Genossen Guste als „Defektor und Revolutions-
leutnant“ bezeichnet.

Staatshilfe für die Oper auch in Königsberg. Die Oper in
Königsberg i. Pr. (Stadttheater) befindet sich, einer kleinen
Anfrage ostpreussischer Landtagsabgeordneter zufolge, aus Mangel
an Geldmitteln und wegen der materiellen Notlage der Provinz
in einer sehr schwierigen Notlage. Auf das Entgehen an das
Staatsministerium, die Oper durch Hergabe von Mitteln zusammen
mit Provinz und Stadt in ihrem Bestande zu sichern, weist der
Preussische Kultusminister in seiner Antwort darauf hin, daß
sowohl im vorhergehenden wie im abgelaufenen Rechnungsjahre
die Oper in Königsberg nach Maßgabe der für Zwecke der
Landesbühnen-Organisation zur Verfügung stehenden
Mittel unterstützt worden ist. Darüber hinaus hat sie, laut Anti-
tischen Preussischen Pressebericht, im Februar dieses Jahres einen
Betrag von 50 000 Mark erhalten. Eine Schließung
der Oper ist dadurch vermieden worden.

Der Bürge.

Roman von Th. S. Hall Caine.

71]

„Michael, was will der Oberrichter holen?“
„Ein Begnadigungsantrag, mein Liebster.“
„Soll jener begnadigt werden?“
„Ja gewiß — ich will lediglich unterzeichnen.“
„Michael, mein Liebster, mein lieber guter Michael“, hörte
sie nun händeringend, „tue es nicht, ich flehe dich an. Soß diesen
Mann nicht zurückbringen!“
„Er, Greeba, was soll dies heißen? Warum bestimmet dies
denn meine Liebe, keine Frau so sehr?“
„Liebster, hörte sie noch einmal, „am beizutreten zu es
nicht! Unterzeichne nicht!“
„Ah, nun verzeihe ich“, sagte er, „mein Lieb ist nun wieder
häßlichen Geschichte ganz abgepasst. Da kommt mir auch wieder
in den Sinn, was man mir brüthen am Smoak Point erzählt
hat, daß mein Liebster selbst jenen Menschen dem Gericht über-
geben habe. Das war sehr unglücklich von dir, mein Liebster. Ich
sehe, daß dein Gatte dir über alles in der Welt geht. Aber nur
keine Furcht meinetwegen und keine Sorgen. Ueberdies die Sache
ganz klar.“
„Michael, mein lieber, edler Michael. Ich muß dir noch
etwas sagen, müßt du mich anhören?“
„Nein, nein, jetzt nicht“, antwortete er.
„Nicht einen Augenblick? Ich muß es dir erzählen.“
„Nein — nicht wenn es sich um diese Sache handelt.“
„Warum — aber warum nicht?“
„Weil ich eben, trotzdem ich diesen Mann noch nie gesehen
habe, mehr von ihm weiß als mein Liebster und weil ich für
kleines Herz, das so müde wie ein Löwe für sich fühlt, aber so
hartnäckig wie ein junges Reh für mich ist, die Gefahr, in der ich
stehe, übertrage. Also kein Wort mehr darüber. Bitte, sag
mir nichts.“
„Sie war in Gefahr, keinen Mann zu willküren, als
gewendet wurde, daß das Leben bereit sei. Mit einem letzten
Ausschrei rief Michael seine Furcht der Gefahr seines
Lives um Greeba und von ihr lebend mit sich fort. Während des
Ganges glaubte er unerschrocken an den Gefahren und ließ
keinen Augenblick seiner Liebe und Liebe nach denken, erst

da alles vorbei war, undachte ebenfalls über Greeba wegen
ihres traurigen Geschickes, mit dem sie zuhörte.

Als sie dann nach Tisch aufstanden, bat er sie noch um ein
Wort. Sie setzte sich an das Spinnrad und sang mit schwerem
Herzen. Aber er achtete nicht darauf und sagte nur, wenn ihre
hübe Stimme ihr versagen wollte und füllte die Unterbrechung
mit seinen eigenen vollen Tönen aus.

Noch während des Singens trat das Mädchen ein und
sagte etwas, das Michael Camlocks nicht hörte, weil er eben selbst
trächtig in den Gesang eingesunken hatte. Greeba aber hörte
es und hielt mit Speien inne. Gleich darauf trat der Ober-
richter ein.

„Eine gute Sache bildet keinen Aufschub“, sagte er, „hier ist
die Begnadigung zur Unterzeichnung bereit.“

Darüber aber sprach er Michael Camlocks das Papier, und dieser
sagte plötzlich: „Ihr habt recht, Oberrichter, Ihr habt recht.
Meine Frau wird auch ein Glas Wein geben, während ich
unterzeichne.“

„Eine Tasse Kaffee, wenn Sie erlauben“, sagte der Ober-
richter mit einer Berührung gegen Greeba. Sie aber sah nichts
davon, denn ihre Augen folgten ihrem Gatten.

Michael, ich bestimme dich, das Papier nicht zu unter-
zeichnen. Ich will nur dies eine Mal sagen. Ich habe dich nie
je vor um etwas gebeten und werde dich nie wieder um etwas
biten. Es ist mein völler Gott, Geschick, und wenn du um
beizutreten nicht nachgeben müßt, so um meinetwegen noch.“

„Aber erst wir plötzlich lud!“ rief Michael Camlocks
leiser.

„Ich weiß, ich habe kein Recht, mich in solche Angelegen-
heiten zu mischen. Aber, lieber Michael, unterzeichne diese Be-
gnadigung nicht. Soß diesen Mann nicht zurückbringen! Ich be-
kühne dich, ich bitte dich herzlich darum!“

„Das heißt mir wirklich nichts“, sagte Michael Camlocks.
„Aber es heißt mir wirklich nichts“, meinte der Oberrichter.

„Was?“ sagte Michael Camlocks. „Greeba, du kennst diesen
Mann doch nicht, diesen Jansen?“

„Greeba jagerte einen Augenblick nach nach dem Oberrichter
einen Blick zu.“

„Du kennst ihn doch nicht?“ wiederholte Michael Camlocks.
„Er besand sich in großer Verwirrung und — erlag ihr. Am
meisten Galten müde“, dachte sie und — mit einem Blick Bitte

um Vergebung dieser Sünde — sagte sie mit starker Stimme:

„Nein, nein — wie so auch — natürlich nicht.“

Michael Camlocks war zufrieden gestellt. „Wie so auch
natürlich nicht“, wiederholte er, lachte und tauchte dann seinen
Gänsefuß in das Tintenfaß.

„Ich bestimme dich aber doch, diesen Mann nicht zurück-
kommen zu lassen“, sagte Greeba.

Eine peinliche Pause folgte. Um sie auszufüllen, sprach der
Oberrichter: „Ihr Gatte ist eben ein tapferer Mann, der die
Furcht nicht einmal dem Namen nach kennt!“

Darauf sagte Michael Camlocks: „Ich bitte um Verzeihung
Oberrichter. Ich will mit meiner Frau einen Augenblick im
ankomende Zimmer hindergehen. Ich muß ihr etwas erzählen
kommen, Greeba, komm! Das Dokument lasse ich so lange be-
stehen.“

„Stehling“, sagte er, als sie allein waren, „es ist gut um
wären von dir, so viel an mich zu denken. Du weißt aber etwas
noch nicht, und das will ich dir erzählen. Es kann sein, daß ich
in meinem Briefe eine Umdeutung davon machte. Aber ich habe
noch keine Gelegenheit, es dir zu erklären. Hast du schon gehört,
daß dieser Jansen mein Bruder ist?“

„Ja“, sagte Greeba, kaum hörbar.

„Es ist wahr. Und du weißt, daß ich also nicht nach Estan-
ging, um die Latenschule zu besuchen, sondern eines Liebes-
dienstes wegen.“

„Meine erste Aufgabe war, Jansons Mutter zu suchen, um
die zweite, Jansen selbst.“

„Jansen?“ rief Greeba.

„Ja, mein Vater schickte mich; denn beide hatten durch sein
große Schuld viel gelitten. Gott verzeihe es ihm. Ich sollte ihn
in ihrem Fleiß beistehen. Du weißt, was folgte?“

„Ja“, sagte Greeba wieder.

„Für die Mutter kam ich zu spät. Die gute Frau lag schon
in ihrem Grab. Der Schmerz vermochte ich nicht aufzustehen und
identisch dem müßigen Geruch von seinem Tod ein müßig Ob-
weine Sachen hörte auf, mein Gatte erkrankte. Ich hielt an
meinem Vater gegebene Versprechen für unauflösbar und be-
schäftigte mich mit meinen eigenen Angelegenheiten. Ich glaubte
aber nicht, daß er tot sei und füßte, daß ich ihn noch einmal
treffen werde.“

(Fortsetzung folgt.)

Zur Machtverteilung in der preussischen Selbstverwaltung.

Aus dem Landtage wird uns geschrieben:

Einem Beschlusse des Landtages entsprechend hat die preussische Regierung Nachweisungen über die parteipolitische Zusammensetzung der am 29. November 1925 gewählten Provinziallandtage und Kreistage vorgelegt. Diese Nachweisungen enthalten nicht nur das für die einzelnen Gebietsteile wissenswerte Material, sondern illustrieren auch in ganz besonderem Maße das Selbstverständnis der Parteien vorzüglich und liefern einen Schlüssel zum Verständnis mancher politischen Vorgänge und Entwicklungen, die man ohne gründlichere Vertiefung leicht unrichtig beurteilt.

Die Statistik umfaßt zunächst die Provinziallandtage von Ostpreußen, sowie aus der Provinz Hessen-Nassau, die Kommunallandtage der beiden Bezirke Cassel und Wiesbaden, die bekanntlich jeder einen Kommunallandtag haben, sowie von Hohenzollern. Von diesen 14 Parlamenten, haben vier eine Mehrheit der Rechten, wobei unter diesem Begriff alle rechts vom Zentrum stehenden Parteien einschließlich der Wirtschaftspartei gerechnet sind. Es sind dies die ostpreussischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Grenzmark Posen-Schlesien. Am festesten ist die Rechtsmehrheit in Pommern; in Brandenburg kann auf die Wirtschaftspartei, in der Grenzmark und in Ostpreußen auf kleine Splittergruppen zu ihrer Bildung nicht verzichtet werden. Das Zentrum ist in acht Landtagen ausschlaggebend; es hat die Mehrheit in dem kleinen Hohenzollern, ist die stärkste Partei in Westfalen und der Rheinprovinz mit 48% bzw. 45% — Zahlen, die bei einer Mittelpartei einer tatsächlichen Mehrheit gleichkommen — und in Westfalen mit 37% und ist als Mittelpartei kleineren Umfangs gleichfalls unentbehrlich für Mehrheitsbildungen in Cassel, Wiesbaden, Westfalen und Hannover. Schließlich ist in Schleswig-Holstein, wo das Zentrum nicht vertreten ist, die Rechte und Linke etwa gleich stark — die Rechte hat einen kleinen Vorsprung, während die Provinz Sachsen eine aus Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende Mehrheit von einer Stimme aufweist. Berlin, das bekanntlich keiner Provinz angehört, hat in der Stadtverordnetenversammlung eine Linke mehrheit aus Sozialdemokraten und Kommunisten allein.

Die vorliegende Statistik hat einen Fingerzeig zur Erkenntnis der zahlenmäßigen Gründe der politischen Bedeutung des Zentrums. Diese wird über das Zahlenverhältnis hinaus erhöht durch seinen Einfluß in so wichtigen Provinzen wie im Rheinland, Westfalen, Ober- und Niederschlesien, die, sei es als Wirtschaftsförderung, sei es als Grenzbezirke für die Haltung der deutschen und preussischen Politik stets besonders bedeutsam sind. Der Einfluß des Zentrums macht sich auch in der Zusammenfassung der von den Provinzialparlamenten gewählten Bevollmächtigten zum Reichstag geltend. Die von den 13 Provinzen einschließlich Berlins (Hessen-Nassau wählt natürlich nur einen Vertreter) gewählten Bevollmächtigten setzen sich nach ihrer politischen Zugehörigkeit folgendermaßen zusammen: 4 Deutsche, 2 Volksparteier, 6 Zentrum, 1 Sozialdemokrat. Die starke Stellung des Zentrums hat diesem also fast die Hälfte der von den Provinzen eingewählten Reichsratsmitglieder verschafft, obwohl seine Wähler in Preußen nach nicht ein Fünftel aller Stimmen aufbringen. Die Linke dagegen, die zwei Fünftel aller Stimmen zusammenbekommt, muß sich entsprechend der Verteilung der Macht in den einzelnen Provinzen mit einem Mandat (Sachsen) begnügen. Das entscheidende Kennzeichen der Wahl der Provinzen zum Reichstag bestand im letzten Jahre in einer Zurückdrängung der Deutschen und einer bedeutenden Stärkung des Zentrums, das selbst in einer Provinz, in der es so schwach vertreten ist wie in Hannover, (10 Prozent der Stimmen) den Reichsratsitz eroberte. Diese Kräftigung der Position des Zentrums im Reichstag hat die Zentrumstraktion des Landtages in verstärktem Maße veranlaßt, allen Heftigkeiten und der Zersplitterung der preussischen Stimmen im Reichstag und damit die Möglichkeit ihrer Ausschaltung durch Landesgesetz zu verhindern, zusammen mit den Deutschen nationalen entschiedenen, sogar mit den Mitteln der Obstruktion arbeitenden Widerstand entgegenzusetzen. Die Selbstständigkeit der Stimmabgabe der Provinzparlamente ist gegenwärtig ein wichtiges Merkmal der Stärke des Zentrums im Reichstag.

Nicht minder interessant sind die Ergebnisse der Wahlen zu den Kreistagen. Von rund 420 Kreisen weisen etwa 145, etwas über ein Drittel, eine Mehrheit der Rechten auf. 77 haben eine Zentrumsmehrheit, 14 eine sozialdemokratische Mehrheit und etwa 45 eine Mehrheit der Linken von Kommunisten Sozialdemokraten und Demokraten zusammen. Auch in den Kreistagen kommt also die Linke durch die im Gegensatz zu den bürgerlichen Gruppen gleichmäßigere Verteilung ihrer Stimmen über das ganze Land hin zu keinem vorherherrschenden zahlenmäßigen Einfluß in einzelnen Landes- und Gebietsteilen. Sondern sie steht damit selbst hinter dem Zentrum, ganz so schweigen von der Rechte, weit zurück; dabei ist noch zu beachten, daß eine Rechtsmehrheit im allgemeinen einheitlich und fest gerügt ist, während eine Linke von den Demokraten bis zu den Kommunisten vielfach nur als Abwehrgruppe, nicht aber zu gemeinsamem politischen Schaffen brauchbar ist. In einer großen Anzahl der rund 140 Kreise, in denen eine feste Mehrheit der Rechten oder der Linken nicht zu verzeichnen ist, gibt gleichfalls das Zentrum den Ausschlag, das damit das Gebiet entscheidenden Einflusses auf mehr Kreise erstreckt als die Rechte.

Aus aller Welt.

Die drahtlose Bildübertragung

Soll auf Anordnung des zum Rundfunkkommissar ernannten Dr. Bredow durch die zuständigen Reichsstellen noch in diesem Jahr verwirklicht werden. Diese Übertragung, die kürzlich durchgeführte wurde, dürfte nach dem „Karoluschen System“ zur Einführung gelangen. Die Versuche, die der deutsche Physiker Dr. Karolus auf dem Gebiet unternommen hat, haben bereits derartige Erfolge gezeitigt, daß wir zweifellos am Vorabend erheblicher technischer Umwälzungen stehen. Es wird in kurzer Zeit möglich sein, innerhalb weniger Sekunden nicht nur Bilder, sondern Originalbriefe und Originaltelegramme, Illustrationen, Textbriefe und Fingerabdrücke drahtlos von einem Ende der Welt zum anderen zu senden. Auch der „Funkfilm“ ist dadurch in den Bereich der praktischen Verwirklichung gerückt.

Ein Eisenbahnunfall als Folge des Wolkenbruchs

wird von der Station Briezen bei Berlin gemeldet. Durch den wolkenbrudartigen Regen war eine etwa einen Meter hohe Sandhöhe auf den Schienenstrang gespült worden, wodurch die Maschine und der Packwagen eines Güterzuges aus den Schienen gedrückt und umgeworfen worden sind. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden herausgeschleudert und schwer verletzt. — Durch die andauernden Regengüsse der letzten Woche hat die stark angeschwollene Donau in Bayern den Hochwasserhochstand an mehreren Stellen durchbrochen und weite Strecken des umliegenden Geländes überschwemmt. Zahlreiche Gehöfte stehen unter Wasser. Die Getreide- und Feuerzettel von mehreren tausend Tagewert wurde vernichtet. In Wexingen stehen die Straßen der Stadt unter Wasser. Die Bevölkerung flüchtete in die oberen Stockwerke. In Donauied hat das Hochwasser ebenfalls schrecklich gewütet, ebenso in kleineren Orten.

Der Kriminalbeamte wegen Einbruchdiebstahls und Raubverbrechen verurteilt.

In dem Prozeß gegen den Kriminaloberwachmeister Langmann und die Kriminalbeamten Seifert, Schmidt und Lehmann, die sich durch Einbrüche großer Mengen Kainin, Heroin und Morphin, insgesamt 75 Kilo-



Zum Wechsel der schwedischen Regierung.

Genosse Richard Sandler, der nach dem Rücktritt des verstorbenen Genossen Branting Ministerpräsident wurde, und dieses Amt bis jetzt inne hatte, war ursprünglich Volkshochschullehrer. Sandler, der im 42 Lebensjahre steht, hat eine erfolgreiche Parteitätigkeit hinter sich und wurde 1920 zum ersten Male Minister. Bei Brantings Rücktritt war er Handelsminister. Sandler hat als Ministerpräsident die Position der Sozialdemokraten in Schweden gegenüber den beiden bürgerlichen Parteien, Konservativen und Liberalen, erfolgreich verteidigt, wobei er in dem Außenminister, Genossen Lindö, seine wertvollste Stütze hatte. Der Nachfolger des Genossen Sandler wurde der Freisinnige Ekman.

Auch in den Kreistagen macht sich die Verteilung der Mehrheiten nach einzelnen Landesteilen deutlich bemerkbar. So hat die Rechte im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. in 15 von 17 Kreistagen eine Mehrheit, im Regierungsbezirk Stettin in 9 von 12, in Köslin in allen 12 Kreisen. Stärkere Linksmehrheiten weisen die Bezirke Merseburg, Cassel und Hildesheim auf. Das Zentrum besitzt eine Mehrheit im Bezirk Koblenz in 6 von 13 Kreisen, in Düsseldorf in 8 von 15, Köln 7 von 10, Trier 5 von 9, Aachen in allen 8 Kreisen, in Ober- und Nieder- und Münster in je 7 von 10 Kreisen. Von 55 Kreisen der Rheinprovinz sind es nur 4, in denen das Zentrum keinen ausschlaggebenden Einfluß hat.

Die gleichmäßigere Verteilung der Sozialdemokratie und ihr überall sich vollziehender Vormarsch hat natürlich große Vorteile. Ihr ist dadurch die Entfaltung eines gewissen Einflusses über das ganze Land hin gesichert, wie sie ebenso genügt ist, die Verhältnisse und Entwicklung in allen Gebietsteilen in den Kreis ihrer politischen Arbeit und Berechnung zu ziehen. Auch für die Zukunft verheißt die Verteilung ihre Kräfte und der Verlauf ihrer Bewegung einen gleichmäßigen Aufstieg ihrer Bedeutung, ohne die Gefahr eines Rückschlages und einer Hemmung aus den Verhältnissen einzelner Landesteile heraus. Hinzu kommt, daß die Ueberlastung über die Verteilung ihres Einflusses auch für die Gegenwart erheblich günstiger wird, wenn man die Zusammenlegung der Selbstverwaltungsorgane in den kreisfreien Mittel- und besonders Großstädten mit berücksichtigt. Die Nachteile ihrer Stellung liegen darin, daß die Sozialdemokratie fast überall als Minderheit und Flügelgruppe von sich allein aus in den einzelnen Landesteilen vorläufig nur schwer zur Geltung kommen kann. Von dieser Erkenntnis aus wird man die Bedeutung einer preussischen Zentralgewalt von entschieden demokratischer Richtung als Faktors der Stärkung der demokratischen Mächte im Lande überaus hoch einschätzen haben. Ebenso wird man gut daran tun, in unsern Kreisen dem Gedanken der Erweiterung der Einflußnahme von Selbstverwaltungsorganen auf die Zusammenlegung von Organen der Reichs- und Staatspolitik und auf politische Maßnahmen und Entscheidungen der Zentralstellen für die Gegenwart mit Zurückhaltung gegenüberzutreten.

Die Länder mit gefährdeten Währungen sehen zusammen.

Genf, 9. Juni. (Eigener Funterbericht.)

Am Dienstag mittag hatten Briand und Vandervelde in Gegenwart von Loucheur und Theunis eine Besprechung über die Möglichkeit eines gemeinsamen französisch-belgischen Vorgehens zum Schutze des Franken. Es soll dabei eine weitgehende Uebereinstimmung erzielt worden sein, evtl. soll auch Italien einbezogen werden in die Aktion zur Stützung der gefährdeten Währungen.

Das neue schwedische Kabinett beginnt mit Flottenbauten.

Stockholm, 8. Juni. (Eigener Bericht.) Die neue schwedische Regierung unter Führung des Freisinnigenführers Ekman hat ihr Amt angetreten und sich traditionsgemäß am Montag dem Staatsrat mit einer Programmklärung vorgestellt. Es ist Ekman gelungen, die Liberalen zu einer Beteiligung an der Regierung zu veranlassen, indem neben sechs Mitgliedern seiner eigenen Partei drei Liberale, darunter der liberale Parteivorsitzende Björnsen als Außenminister, in das Kabinett eingetreten sind. Dagegen hat die Rechte sich offiziell zurückgehalten, man geht aber nicht fehl, die drei „unpolitischen“ Beamten, die Reformministerien erhielten, als konservative Vorposten anzusehen.

Diesem Bürgerblockcharakter entspricht das Programm der Regierung. Die Freisinnigen bringen den Liberalen und den Konservativen das Opfer, auf ihren Programmpunkt Alkoholverbot zu verzichten, während die Liberalen dazu mitgegangen sind, die Ausschuldsung in abstinenzfreundlichem Sinne zu revidieren. Der Bauernpartei werden „praktische“ Stützmaßnahmen auf dem Gebiete der Landwirtschaft zugesagt und den Arbeitern innerhalb der Liberalen Partei verspricht man eine Untersuchung des Sozialversicherungsproblems, d. h. die Weiterführung der von dem sozialdemokratischen Kabinett begonnenen Ausarbeitung einer Arbeitslosenversicherung, verbunden mit den übrigen sozialen Versicherungen als einheitliches Gebilde an die Stelle der bisherigen einzelnen Sozialmaßnahmen. Auf der anderen Seite verpflichtet die Regierung natürlich, die Auslegung des Arbeitsanweisungsgesetzes entgegen der Auffassung der sozialdemokratischen Regierung zu handhaben. Im übrigen brachte das Programm bis auf die Erklärung über die Wehrpolitik keine Ueberraschungen.

Als im vorigen Jahre das Kabinett Branting mit den Freisinnigen zusammen die Heeresreform verabschiedete, die das schwedische Heer zu einer reinen Verteidigungsarmee umformte, ließ man eine Umorganisation der Flotte unerledigt. Bis 1934 soll aber der Hauptteil der schwedischen Flotte zum größten Teil erneuert sein, so daß es höchste Zeit ist, ein Flottenbauprogramm vorzubereiten. Hier verspricht der gleiche freisinnige Führer, der mit den Sozialdemokraten die Heeresreform gegenüber der schärfsten Widerstand der Rechten durchgebracht hat, nunmehr als Ministerpräsident der gleichen Rechten, zwar das angenommene Armeeprogramm auszuführen, aber in der Flottenfrage dafür zu sorgen, daß die Flotten-erneuerung, die größtmögliche Effektivität der Seeverteidigung bewahrt. Deutlicher konnte man eigentlich der Rechten nicht entgegenkommen und die Vermutung, daß gegen Ende der freisinnigen Regierung eine Bürgerblockregierung ist, wird so voll bestätigt. Mit ihren 68 Mitgliedern von den 380 Reichstagsabgeordneten können die beiden liberalen Parteien gar nicht anders, als zum mindesten der Bauernpartei zu willigen sein. Vorläufig wird das sehr gut gehen — denn die nächste Arbeit des Kabinetts besteht darin, den Reichstag auf Sommerferien zu schicken und sich damit bis zum Beginn der Winterferien im Oktober oder November ein ungestörtes Dasein zu sichern!

Die neue schwedische Regierung hat den früheren Minister des Äußern, Undén von dem Auftrage, Schweden im Völkerbundsrat zu vertreten, entbunden.

Das neue polnische Kabinett Bartel.

Aus Warschau wird gemeldet: Ministerpräsident Bartel hat in später Nachmittags die Neubildung des Kabinetts beendet. Im wesentlichen zeigt das neue Kabinett dieselbe Zusammensetzung wie das alte. Nur das Handels- und das Finanzministerium sind neu besetzt worden. Dr. Kwiatkowski, Direktor der Chorzower Stahlwerke, wurde das Handelsministerium und dem früheren Handelsminister im Kabinett Grabki, Klarer, das Finanzministerium übertragen. Jaleski bleibt weiter Leiter des Ministeriums des Äußeren, Pilsudski Kriegsminister. Sonstige Veränderungen weist das neue Kabinett nicht auf. Der Staatspräsident hat das Kabinett bestätigt.

Die Spaltung der englischen Liberalen.

London, 9. Juni. (Eigener Funterbericht.)

Am Dienstag abend wurde die Spaltung der Liberalen Parlamentsfraktion zur Tatsache. Unter dem Vorsitz von Lloyd George hielt die Fraktion eine Sitzung ab, bei der 34 Mitglieder anwesend waren. Zur Beratung stand eine Entschließung, die eine Mißbilligung darüber ausdrückte, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Lord Oxford (Quitch) und Lloyd George in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Diese Entschließung bedeutete eine Mißbilligung des Verhaltens von Lord Oxford, der einen von ihm verfaßten Brief gegen das Verhalten Lloyd Georges der Öffentlichkeit übergeben hatte. Ein Antrag, die Mißbilligung aus der Öffentlichkeit zu streichen, wurde mit 20 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Damit ist die Spaltung in zwei Gruppen, die der Anhänger Lloyd Georges und Lord Oxfords, vollendet.

gramm, verhaftet hatten, erhielt Langmaad, der sich selbst als Führer bei den Verhaftungen bezeichnete, vier Jahre Zuchthaus und acht Jahre Ehrverlust, Seifert zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, Schmidt und Lehmann als Helfer sowie fünf weitere Beteteiligte Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu 2 1/2 Jahren.

Die Zusammenlegung der Studierenden in Preußen.

Das Preussische Statistische Landesamt veröffentlicht folgende die Ergebnisse der Statistik der preussischen Hochschulen, woraus der Amtliche Preussische Pressebericht im folgenden die bemerkenswertesten Ergebnisse mitteilt: Die Gesamtzahl der Studenten an den preussischen Universitäten ist von 1911 bis zum Wintersemester 1925/26 von 25 000 auf über 32 000 gestiegen. Die Steigerung beträgt gegenüber dem letzten Semester etwa 700. Die Zahl der Studentenzahl größte Universität ist nach wie vor Berlin, sie hatte vor dem Kriege 8400, im letzten Semester fast 9000 Studenten. Vor dem Kriege folgten der Größe nach: Bonn (2800), Breslau (2500), Göttingen (2400) und Halle (2300), gegenwärtig Köln (4500), Breslau (2650), Frankfurt (2580) und Bonn (2550). Nach Fachgebieten gliedert sich an erster Stelle die Fachgruppen der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultäten mit über 12 800 Studenten; sodann folgen die Rechts- und Staatswissenschaftlichen mit 8600, unter Einrechnung der Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre über 14 000 Studenten. Die Betriebswirtschaftslehre wurde vor dem Kriege an der preussischen Universitäten nicht gelehrt. Die Studentenzahl ist seit dem Wintersemester 1924/25 von 1 900 auf fast 2 600 gestiegen. Die Zahl der Studenten der Volkswirtschaftslehre nimmt seit dem Wintersemester 1924/25 ständig ab. Die Zahl der Studenten der Medizin ist vom Sommersemester 1925 von 2 900 auf fast 3 700 gestiegen. Aus den Fachgebieten der Philosophischen Fakultäten seien folgende Zahlen genannt. Es studierten: Philosophie 762, alte Sprachen 981, neue Sprachen 1529, Germanistik 1454, Geschichte 581, Geographie 173, Mathematik 1373, Physik 469, Chemie 1563, Biologie 370, Mineralogie 86, Pharmazie 791, Landwirtschaft 1410 Studenten. Die Zahl der theologischen Studenten ist sehr zurückgegangen. Vor dem Kriege studierten 1402 Studenten evangelische Theologie und 947 katholische Theologie; im Wintersemester 1925/26 sind bei den Evangelisch-Theologischen Fakul-

täten 956 und bei den Katholisch-Theologischen Fakultäten 843 Studenten eingeschrieben. Die Zahl der Ausländer ist seit Stabilisierung der Währung dauernd zurückgegangen. Die Zahl der studierenden Frauen hat stark zugenommen. Vor dem Kriege studierten nur 1500 Frauen, d. h. 6,4%, im letzten Semester waren es bereits 3850—12% der Gesamtzahl der Studierenden. Aus der Statistik ist auch zu ersehen, daß das Werkstudententum im Rückgang begriffen ist. Im Jahre 1924 waren fast 12% der Studenten im Semester und über 16% in den Ferien wertig. Die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1925 sind sowohl für die Wertigkeit während des Semesters, als für die der Ferien je 10%. Was die Vorbildung der Studenten angeht, so kamen vor dem Kriege die meisten Studenten (69%) vom Gymnasium. Der Anteil des Gymnasiums beträgt heute nur noch 40%. Der Anteil des Realgymnasiums vor dem Kriege 14%, gegenwärtig 23%, der Anteil der Oberrealschule vor dem Kriege 10%, gegenwärtig 14%. 14% der Studenten waren im letzten Semester Söhne höherer Beamten, 27% Söhne mittlerer Beamten, 27% stammten aus den Kreisen des Handels und der Gewerbe, 11% waren Söhne von Angehörigen. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Studenten aus Arbeiterfamilien sehr langsam steigt. Im Wintersemester 1924/25 studierten 376, im Sommersemester 1925 425, im Wintersemester 1925/26 489 Arbeiterkinder. Die technischen Hochschulen Preußens sind in einem kräftigen Aufblühen begriffen. Die Gesamtzahl der Studenten betrug 1911 4 600, im letzten Sommer fast 8 500. An dieser Steigerung sind in erster Linie die Fakultäten für Maschinenwirtschaft und Stoffwirtschaft beteiligt. In den Fakultäten für Maschinenwirtschaft waren 1911 1800 Studenten immatrikuliert, während ihre Zahl gegenwärtig 5 150 beträgt. In den einzelnen Hochschulen studierten im Wintersemester 1925/26 in Berlin 4 200, Hannover 2 250, Tübingen 1 100 und Breslau 920 Studenten.

Eine russische Stadt abgebrannt.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Moskau ist die Stadt Kozelzinsk im Gouvernement Wladiwostok infolge einer Feuersbrunst zerstört worden. Mehr als 7000 Einwohner seien obdachlos. Fast alle öffentlichen Gebäude wurden ein Raub der Flammen. Die Zahl der Toten konnte noch nicht festgestellt werden.

Stadt-Theater.

Mittwoch 8 Uhr:
„Daphne“
 in der Unterwelt
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Dibello“
 Freitag 7 1/2 Uhr:
„Figaros Hochzeit“

Soboththeater

Beflinght. 8. Tel. Rg. 6774.
 Mittwoch, Donnerstag
 abends 8 Uhr:
 Gastspiel
Ludwig Stössel
„Charles Fante“

Thalia-Theater

Schwerstr. 3, Tel. Rg. 6700
 Mittwoch, Donnerstag
 abends 8 Uhr:
„Die tote Fante“

Schauspielhaus.

Operettenbühne. 12119
 Tel. Stephan 37 460.
 Täglich 8 Uhr:
 Der große Operettenerfolg!
„Annetarte“
 Sonntagmittags 3 1/2 Uhr:
„Sene, Lotte, Liede, Josefines Töchter“

Lieblich

Theater
 Tel. Stephan 3446
 Täglich 8 Uhr.
 Nur noch kurze Zeit!
„Apollo?“
Nur Apollo!
 Die Revue des Wiener
 Apollo-Theaters in der
 Originalbesetzung.
 Sensationelles Tanzspiel
 Apollia Berber und Henri.
 Keine erhöhten Eintrittspreise.
 Preise 4.75 bis 3.50 Mk.

Victoria-

Theater • 8 1/4 Uhr
2ter Monat
 Die große
 Bühnen-Sensation
Lebens-
länglichlich.
 5 Bühnen-Akte
 eines zum Tode
 Verurteilten,
 die Tragödie
 des Rechtsanwaltes
 Dr. Hauer
 Personen
 unter 18 Jahren
 keinen Zutritt
 Eintritt 50 Pf. bis 2.00 Mk.

Druckerei Volkswacht

fertigt moderne Druckarbeiten
 Breslau 2 Kurfürststr. 4/6

Biochemie.

Dr. med. Schüller
 Donnerstag, den 10. Juni, abends 8 Uhr
 4018
 in Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 171
Mitgliederversammlung
 und
 anschließend **Vortrag** des Herrn
Wels-Berlin, über:
Die Volkskrankheit Tuberkulose
und die Volkshelmmethode Biochemie.
 Mitglieder frei. Gäste 20 Pf.
Biochemischer Verein Breslau, gegr. 1913, E. V.
 Gemeinnütziger Verein zur Hebung der Volkswohlfahrt durch
 Dr. med. Schüller's Mineralstofflehre. Maschinger, 1. Vors.

Warum
waschen Sie
nicht
mit
RUBA
SEIFE?



Sie ist eine garantiert reine Kernseife von außerordentlicher Waschkraft, wäscht in kaltem u. warmem Wasser mit gleich gutem Erfolg u. gibt der Wäsche einen frischen u. angenehmen Geruch. Überzeugen Sie sich selbst davon!
RUBA-WERKE
RUDOLPH BALHORN
 G. M. B. H.
BRESLAU



Mit Ernst, Wall und Hermalie geht Müller Sonntags raus ins Grüne; ne Welpie flücht auf Wall ein. Ne fängt allestlich an zu schreien. Aus „Lachen links“ nen Wlk „verfellt“: Wall — ist wieder hergestellt!
 Abonnieren „Lachen links“ (Nr. 21 Pf.) beim Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, bei den Zeitungsboten od. durch uns. Buchhdlg.

Volkswacht-Buchhandlung, Breslau,
 Neue Graupenstraße 5 und Neue Taschenstraße 11.

Schlesisches Landesorchester
 Heute Mittwoch 8 Uhr:
Südparkkonzert
 Symph. H-moll Schubert
 Leitung: Ehrh. Eintritt 60 Pf.

Anzüge n. Maß, mod., haltb. Stoffe 28 Mk. 50, 40, 36 und 28
Fertige Anzüge, schönste Formen, stausend billig, von Mk. 18 an und bis zu den besten Preislagen.
Albrechtstraße 41, kein Laden
Die Volksschule als Einheitschule
 Von Dr. Max Apel.
 Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteurs entgegengenommen.

Zurück
Dr. Pincsohn
 Frauenarzt
 Nikolaistraße 53
 Tel. Ring 2062
 11 bis 12 1/2, 4 1/2 bis 6.

Verreist
 Sanitätsrat
Dr. Nidhe.

Sofort Geld
 auf Pfänder!
Reichhaus Rother
 Albrechtstraße 43, L.

Eheleute
 müssen lesen die Broschüre
Vorbeugen, nicht abtreiben!
 Preis 50 Pf.
 Volkswacht-Buchhandlung.

Goeben erschienen:
Der Sozialismus als Weltanschauung.
 Von Dr. Beier-Breslau.
 Preis 50 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung,
 Breslau 3, Neue Graupenstraße 5.

Möbel
 auch auf
Kredit
 Billigste Preise
J. Günzburger
 Albrechtstr. 14
 12206

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Gaststätten u. Gasthöfe
„Zur Stadt Berlin“
 Inh.: Hermann Kipke
 Frankfurter Straße 72

„Zur Stadt Berlin“
 Inh.: Hermann Kipke
 Frankfurter Straße 72

Elektrische Licht- und Kraftanlagen
 Tel. R. 7242
 Paul Kerschig, Breslau 3, Goldschmiedstraße 71a
 Reiche, Lichtschaltkörper und Zubehör zu jeder Ausführung — Vertreterbesuch kostenlos und unverbindlich.

Molkerei-Produkte
Alois Henschel & Co.
 Milchgroßhandlung und Molkereiprodukte
 Brunnenstraße 34
 Telephon Ohle 4931

Kolonialwaren, Lebensmittel
Eduard Jahnke
 Kerkstr. 50
 Tel. Ohle 1658

Paul Krause & Co.
 Gurkensinlegerei
 Sauerkohl- und Bohnkonserven-Fabrik
 Fernsprecher Ring 9094
 Breslau, Westendstraße 82/86

Drechsler
Albert Jeske
 Priek-Wilh-Str. 20
 Tel. Ohle 289

Buchhandlung Volkswacht
 Breslau 3, R. Graupenstr. 5

Bäckereien und Konditoreien
Hans Dulog
 Nachodstraße 237
 Telefon: 50 437
 Bäckerei — Konditorei — Bestellschäft

Reinhold Hübaer
 Bäckerei u. Konditorei
 Rosenstraße 16

Fleisch- u. Wurstwaren
Richard Krusch
 Wurst- u. Konserven-Fabrik
 Adalbertstraße 13/15
 Klosterstraße 49
 Oblicher Straße 87 (Goldene Krone)
 Schmiedebriicke 22 (Goldener Zepher)

Johann Kursawe, Paulstraße 21
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Gustav Beyer, Bärenstr. 17
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Oskar Igel
 Nenderstraße 44
 Telefon: Ohle 5770
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Fleisch- u. Wurstwaren
Ernst Hoffmann
 Bärenstraße 30
 Filiale: Hildebrandtstraße und Alsenstraße 26
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Richard Stampe, Kospoth-
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Wilhelm Bardex
 Grabschoner Straße 68
 Telefon: Ring 2561
 Fabrik feinsten Fleisch- u. Wurstwaren.

Paul Berndt
 Weißenburger Straße 4
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Adolf Hoffmann,
 Herdainsstraße 106.
 ff. Fleisch- und Wurstwaren.

Adolf Biedermann
 Grabschoner Straße 260
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Felix Jacob
 Matthiasstraße 177.
 Billigste Bezugsquelle für ff. Fleisch- und Wurstwaren.

Julius Hensel, Gabitzstr. 48
 Billigste Bezugsquelle f. ff. Fleisch- u. Wurstwaren.

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
 Gustav Barisch
 Fleischerei u. Wurstfabrik. Hummerlei 16.

Fritz Kaps
 Klosterstraße 7
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Ulrich
 Hildebrandtstraße 27
 ff. Fleisch- u. Wurstwaren

Albert Simmich
 Hedwigstraße 21,
 Ecke Sternstraße
 Fleischerei u. Wurstfabrik
Buchdruckerei Volkswacht
 Fürststraße 4/6

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 9. Juni.

Religionszugehörigkeit in Deutschland.

Starke Zunahme der Konfessionslosen.

Mit der allgemeinen Volks- und Berufszählung vom 16. Juni 1925 war auch eine Zählung der Religionszugehörigkeit...

Die Angehörigen „sonstiger Bekenntnisse“ sind in Bayern von 27 608 auf 55 330 in die Höhe geschwellt...

Die Durchführung des Volkenscheids in Breslau

beschäftigte gestern die sozialdemokratischen Parteifunktionäre in einer stark besuchten Versammlung.

Angerommen wurde eine Entschließung, die den mannhaftesten Kampf des Genossen Professor Lessing in Hannover begrüßt...

Die Einzelheiten über die von der Partei vorgezeichneten Veranstaltungen werden rechtzeitig in der „Volkswacht“ bekanntgegeben.

Bei den Wählerlisten.

In der Lessing-Turnhalle stehen jetzt wieder lange Tische mit Listen, den Wählerlisten für den bevorstehenden Volkenscheid...

Wenn man die Turnhalle eintretenden Männer und Frauen aufmerksam mustert, so erkennt man sofort, daß es sich um Menschen handelt, die mehr oder weniger schwer unter den herben Nöten der Gegenwart leiden...

Erreichen wir durch den Volkenscheid die völlige Enteignung der Fürsten, dann wird auch dem in der Lessing-Turnhalle aufgestellten Turnvater Lohn das Herz im Leibe klopfen...

Gegen die Fürsten!

Das Reichsbanner tritt Sonntag vormittag zu einer großen Demonstration gegen die Fürstenabgabe an.

Kindermord — Arbeiterport.

In diesen Tagen verhebt eine bestialische Mutter die Breslauer Bevölkerung in größte Erregung und tiefste Bestürzung.

Zur Fürstenenteignung.

Zuschriften aus dem Mittelstand.

Deutscher Mittelstand und deutscher kleiner Mann, der dir dein letzter Sparpfennig geraubt worden ist, vergiß dies nie und nimmermehr!

Und nun du Mittelstand und kleiner Mann, hast du es endlich mal durchschaut, wer diejenigen sind, die immer bei ihren passenden Gelegenheiten von „Recht und Gerechtigkeit“...

Erinnere dich auch dieser allezeit strengsten Parole: „Alle für einen — und — — — einer für alle!“

Du Mittelstand und kleiner Mann, hast du das Vermögen deiner Fürsten im Glauben an deren Führung eines wahrhaftigen christlichen Regiments und positiver edler Arbeit...

Ja, lieber Mittelstand und kleiner Mann, laß dich doch nicht mehr von den Nationalen irren führen, die in den Sozialdemokraten mit „Sozial“ und den Zentrumsmännern damit beschimpfen...

Darum, Mittelstand und kleiner Mann, hüte dich fortan, vorf diesen Nationalen — „Nazis“ — sie sind in allen, allen Dingen und zu jeder Zeit dein bitterster Feind...

Und nun, rechtshaffener, ehrbarer und edler Mittelstand und kleiner Mann, zeige es den Nationalen, daß nicht du der „deutsche Michel“ bist und daß du doch noch offene, ehrliche

aufopfernde Tätigkeit der Behörden, der Täter habhaft zu werden, von Erfolg gekrönt sein dürfte.

Zur Arbeiterkassen, die ihr von frühmorgens bis spät abends in den Fabriken und Werkstätten, in den Büros und Kontoren euren Erwerb nachgehen müßt, habt keine Zeit, eure Kinder zu beschäftigen.

Diese Aufklärungsarbeit kann nur von denjenigen bestehenden Organisationen geleistet werden, die schon jahrzehntlang in der Erziehung und Beaufsichtigung der Kinder und Jugendlichen erfolgreich tätig sind.

Allen Behörden aber sei an dieser Stelle zugewandt, stellt größere Mittel für die Jugendpflege bereit. Schafft in genügender Zahl Spiel- und Sportplätze, baut Turnhallen und Schwimmbäder.

Thr Volksvertreter, unterstützt diese Forderungen, damit bereinigt eine neue Generation sagen kann, die Vorfahren haben die Zeichen der Zeit verstanden.

Falsche Gerüchte!

Noch immer hält der in seinen Einzelheiten so schreckliche Breslauer Kindermord die Gemüter in Erregung und Spannung und das am Dienstag nachmittag an den Anschlagläulen besetzte zweite amtliche rote Plakat mit der Bekanntmachung der Erhöhung der ausgesetzten Belohnung von 2000 auf 4000 Mark...

So bildeten sich vor einer Drogerie in der Gartenstraße, in der Nähe des Hauptbahnhofes, am gestrigen Dienstag frühzeitig Anstimmungen und es kurbelte das Gerücht, der Inhaber jener Drogerie sei als mutmaßlicher Täter verhaftet worden.

Thr Volksvertreter, unterstützt diese Forderungen, damit bereinigt eine neue Generation sagen kann, die Vorfahren haben die Zeichen der Zeit verstanden.

Augen und ein gutes, reines, pflichtbewusstes Gewissen hast, das die „Gerechtigkeit“ von der Scheinheiligkeit und jeglicher Intrigen gründlich zu erkennen und zu scheiden vermag...

Ich hatte Gelegenheit, Ihr Flugblatt, die Fürstenabfindung betreffend, zu lesen. Mit einer Genauigkeit ist all das Glend, das über unser Volk hereingebrochen ist, wiedergegeben...

Nachdem von den Rechtsparteien gegen die Fürstenenteignung agitiert wird, und die Enteignung als ein Verstoß gegen den Rechtschutz eines Staatsbürgers angesehen wird...

Obwohl die Hohenpollern dem Staate bereits über 300 000 Mark an Steuern schütten und bisher kein Grundstück versteigert worden ist, dagegen ist mein Grundstück wegen 1300 Mk. Steuern...

amlich in den Zeitungen und an den Anschlagläulen bekannt gemacht wird, was sich sonst herumpricht, ist zumeist Fabel oder faules Geschwätz.

Warum klagen solange es noch den echten Seelig's land Kornstaebe gibt. Ein Versuch wird auch Sie befriedigen.

Warum klagen solange es noch den echten Seelig's land Kornstaebe gibt. Ein Versuch wird auch Sie befriedigen.

Warum klagen solange es noch den echten Seelig's land Kornstaebe gibt. Ein Versuch wird auch Sie befriedigen.

Warum klagen solange es noch den echten Seelig's land Kornstaebe gibt. Ein Versuch wird auch Sie befriedigen.

Warum klagen solange es noch den echten Seelig's land Kornstaebe gibt. Ein Versuch wird auch Sie befriedigen.

Warum klagen solange es noch den echten Seelig's land Kornstaebe gibt. Ein Versuch wird auch Sie befriedigen.

Warum klagen solange es noch den echten Seelig's land Kornstaebe gibt. Ein Versuch wird auch Sie befriedigen.

Warum klagen solange es noch den echten Seelig's land Kornstaebe gibt. Ein Versuch wird auch Sie befriedigen.

Warum klagen solange es noch den echten Seelig's land Kornstaebe gibt. Ein Versuch wird auch Sie befriedigen.

Warum klagen solange es noch den echten Seelig's land Kornstaebe gibt. Ein Versuch wird auch Sie befriedigen.

Warum klagen solange es noch den echten Seelig's land Kornstaebe gibt. Ein Versuch wird auch Sie befriedigen.

Warum klagen solange es noch den echten Seelig's land Kornstaebe gibt. Ein Versuch wird auch Sie befriedigen.

Warum klagen solange es noch den echten Seelig's land Kornstaebe gibt. Ein Versuch wird auch Sie befriedigen.

Aus Schlesien.

Nachwuchs in niederschlesischen Städten.

Die „Schlesische Provinz-Korrespondenz“ schreibt: Das Oberschlesien eine ganz ausnahmsweise große Geburtenhäufigkeit und daher trotz verhältnismäßig unglücklicher Sterblichkeit doch einen starken Geburtenüberschuss aufweist, ist bekannt. Niederschlesien dagegen weicht im Gesamtergebnis im Geburtenüberschuss nur wenig vom Reichsdurchschnitt ab und zwar sogar nach unten, weil hier der Ueberschuss über die allgemeine Sterblichkeit das nur geringe Mehr an Geburten übersteigt. Im einzelnen sind natürlich diese Verhältnisse auch innerhalb Niederschlesiens verschieden, so besonders in den Städten. In den Orten (mit mehr als 10 000 Einwohnern) mit dem größten Kinderreichtum, gibt es fast doppelt so viel Geburten (auf 1000 Einwohner berechnet) als in den Städten mit dem geringsten Nachwuchs. Ueberall ist die Sterblichkeit in manchen Orten (ebenfalls auf 1000 Einwohner berechnet) über die Hälfte größer als in den am meisten begünstigten Städten. Die Geburtenhäufigkeit (auf 1000 Einwohner berechnet) nach der letzten Veröffentlichung darüber (für das Jahr 1924) war am größten in Langenbielau (22,5), Waldenburg (22,0), Reichenbach (19,7), Schweidnitz (18,7) und am kleinsten in Hirschberg (12,4) und Görlitz (13,1), in den übrigen Städten beträgt sie zwischen 15,0 und 18,3 Prozent. Während die beiden letztgenannten Städte auch im Verhältnis der Lebendgeborenen zu den Verstorbenen an unterster Stelle stehen — Hirschberg hat nur einen Geburtenüberschuss von 0,8 und Görlitz sogar ein Mehr von Sterbefällen von 0,8 (auf 1000 Einwohner berechnet) — verändert sich bei den Städten mit der größten Geburtenhäufigkeit die Reihenfolge etwas und zwar ist sie folgende: Langenbielau 7,8, Waldenburg 7,4, (beide Städte demnach ebenso wie oben), Glatz 6,9, Grünberg 6,8, Reichenbach 5,8, Schweidnitz, Glogau und Sagan je 5,6, Anglau 4,6, Striegau 4,1, Briesg 3,6, Breslau 3,0 und Giegnitz 2,4 Prozent. Die geringe Sterblichkeit in Glatz und Grünberg verschafft diesen Städten den höheren Geburtenüberschuss gegenüber Reichenbach und Schweidnitz.

Döhrnfurth. „Jungdo und Reichsbanner“. Zu dieser Nacht vom 31. Mai geht uns folgende Berichtigung zu: 1. Der Jungdo, gleich Jungdeutscher Orden, ist seinen Satzungen gemäß ein „Bund gut deutsch gesinnter Männer und der in ihrem Geiste heranwachsenden Jugend“ und hat mit dem Jungsturme nichts zu tun. 2. Belagter Jungdeutscher Orden hatte in den Pfingstfeiertagen keinerlei Veranstaltungen in Döhrnfurth. 3. Der Jungdeutsche Orden ist wirtschaftlich und politisch vollständig unabhängig, also ein in keiner Weise „von Deutschen nationalen und Agrariern beherrschter Jungdo“. — Es hat sich also in Döhrnfurth um Jungsturme gehandelt. Der „Jungdo“ macht neuerdings gewisse Anstrengungen, „unabhängig“ von Deutschen nationalen und Agrariern zu werden. Deren Erfolg überläßt der „Komtur“ des „Ballei Mittelschlesien“ wohl, von dem die Einsetzung ausgeht. Wir wollen ihn aber nach seines Hochmeisters letzten mütigen Entschlüssen gegen die Putschisten abwarten.

Döhrnfurth. Die hiesige Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beging am letzten Sonntag das Fest der Bannerweihe. Auch das Jugendbanner Südbreslau war mit feiner Fahne in recht stattlicher Stärke vertreten. Etwa 4—500 Festteilnehmer mochten sich zum Umzuge durch das Städtchen versammelt haben. Unter Vorantritt der Kapelle des Jugendbanners Südbreslau erfolgte der Aufmarsch nach dem Ring, wo der Bürgermeister die Ortsgruppe und ihre Gäste begrüßte. Dann hielt Kamerad Korkowski vom Gauverband die Weiserebe, in der er die Geschichte der „alten ehrwürdigen Farben“ durchging und zum Zusammenstehen für die Ideale der Republik aufrief. Die dritte Strophe des Deutschlandliedes beendete den eindrucksvollen Weiserebe.

Reichenbach. Aus Nachsorge in den Tod. In Hennersdorf verübte der völlig mittellose Arbeiter Gustav Senger Selbstmord durch Erhängen, da er keinen Ausweg aus seiner schweren Notlage mehr wußte.

Reichenbach O.L. Tödlicher Unfall zweier Motorfahrer. In Notiz fuhr der Führer eines Motorrades beim Nehmen einer Kurve an einen Brückenpfeiler an. Er und sein Mitfahrer wurden vom Rade geschleudert und erlitten beide so schwere Verletzungen, daß sie in kurzer Zeit verstarben.

Schweidnitz. Der Prinz von Sachsen-Meiningen, der sich Studienhalber in Breslau aufhält, wurde wegen zu schneller Fahrens durch die Breslauer Straße vom hiesigen Amtsgericht zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt.

Kengersdorf, Kreis Glatz. Die 25-jährige Tochter des Aufsehers Hoffmann von hier wurde vom religiösen Wahnsinn befallen. Sie glaubt sich vom Teufel verfolgt und hat noch andere Wahnsinnideen. Die Wahnsinnige wurde einer Anstalt überwiesen.

Waldenburg. Als Leiche geborgen. Nach langen mühseligen Rettungsarbeiten ist es nunmehr gelungen, den verschütteten Hauer Stiller aus den Gesteinsmassen herauszuheben. Es ergab sich, daß Stiller mit den Beinen vollständig eingeklemmt worden war, so daß er weder vor noch rückwärts konnte. Da er sich nicht bewegen konnte, ist er langsam erstickt. Die Bergungsarbeiten müssen mit großer Vorsicht vorgenommen werden, um einen weiteren Einsturz der Baue zu verhindern.

Weißwasser. Bohngelbdruck. Bohngelber in Höhe von 2700 Mark raubten drei Personen einer Kontoristin der Grube Hermann, als das Mädchen im Begriff war, dieselbe vom alten in das neue Büro hinüberzutragen. Einer der Leute raubte den Geldkasten und stieß das ahnungslose Mädchen eine Böschung hin-

unter. Auf die Bisse kamen einige Arbeiter herbei, die die Verfolgung aufnahmen und die drei festnahmen. Nach einer gehörigen Tracht Prügel kamen sie in sicherer Gewahrsam.

Siechtitz. Im Kornfeld vergewaltigt. In Patom wurde die zwölfjährige E. W. von hier auf dem Wege nach Groß-Patichin von einem Verbrecher überfallen und in einem Roggenfeld vergewaltigt. Das Kind mußte in das Krankenhaus nach Peistretsch gebracht werden. Der Unhold ging zunächst an dem Mädchen vorüber, zog sich dann die Schuhe aus, ließ ihm in den Socken nach und konnte es so unbemerkt erwischen. Am Schreien verhinderte er es, indem er mit dem offenen Messer drohte.

Sindenburg. Rätselhafter Gifttod. Der Maurerpolier Wilhelm Fröhlich und seine Frau wurden unter schweren Vergiftungserscheinungen in ihrer Wohnung aufgefunden. Beide wurden sofort nach dem städtischen Krankenhaus geschafft, doch war die Ehefrau bereits auf dem Wege dorthin verstorben. Ihren Ehemann hofft man am Leben zu erhalten. In der Wohnung wurde auch eine kleinere Menge Arsenik aufgefunden und beschlagnahmt.

Sindenburg. Von einem explodierenden Motor getötet. Bei der Reparatur eines Motorrades, dessen Motor explodierte, verunglückte der Dekorateur Beyer von hier tödlich. Es flog ihm ein schweres Stück Eisen an die Stirn, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Mattbor. Deutscher Wahlsieg in Hultschin. In Ludgerstal (Hultschiner Ländchen) wurde zum Bürgermeister der deutsche christlich-soziale Kandidat, Landwirt Josef Korkur, mit 20 von 30 Stimmen gewählt. Die deutschen Sozialdemokraten erhielten den ersten, und die deutschen Christlichsozialen nach den zweiten Stellvertreter, so daß in der Gemeinde Ludgerstal alle drei Bürgermeister den deutschen Parteien angehören.

Arbeiterportier! Arbeiterportierinnen! Jugendturner und Jugendturnerinnen!

Am 20. Juni findet die Entscheidung darüber statt, ob die 2½ Milliarden einzigen Nichtturner, die das deutsche Volkstum verschuldet haben und nun ihren „Verdienst“ im Auslande verpressen wollen, nachgeworfen werden, oder ob diese 2½ Milliarden dem deutschen Staate zur Förderung von Kultureinrichtungen verschrieben sollen.

Wollt ihr, daß für diese 2½ Milliarden menschenwürdige Wohnungen geschaffen werden, daß Spiel- und Sportplätze, Turnhallen und Volkshäuser errichtet werden, so laßt den gesamten Turn-, Sport- und Wanderebetrieb am 20. Juni ruhen und beteiligt euch reißlos an dem Kampf um das Volksbegehren!

Wendet euch unverzüglich bei euren Vereinstorwänden! Klärt überall die Volksgenossen über den bevorstehenden Volksentscheid auf; sorgt alle dafür, daß der geplante Raub am Volksgut verhindert wird!

Breslau (Land)-Neumarkt.

Achtung, Ortsgruppenführer! Parteigenossinnen und Genossen!

Nur noch bis einschließlich Sonntag, den 13. Juni, liegen die Wählerlisten für den Volksentscheid aus. Jeder hat sich davon zu überzeugen, ob er in die Wählerliste eingetragen ist. Das ist diesmal notwendiger denn sonst bei anderen Wahlen, da jetzt auch darauf zu achten ist, ob alle seit der letzten Wahl Verzogenen oder Verstorbenen auch gefahren worden sind. Wo das nicht geschehen ist, muß man das ausdrücklich verlangen. Restliches Propagandamaterial muß sofort verteilt werden, da auch anderes Material zur Verteilung kommt.

Treßchen. Ein Nachgefecht der Ruffhäuser Säuglinge. Die Jugendgruppe des Ruffhäuserbundes hielt hier kürzlich eine Nachübung ab, die von Lehrer Jache, der zugleich Gemeindevorsteher ist, mit Fachkenntnis geleitet wurde. Man spielte ein bißchen Krieg, stellte Posten auf, schickte Patrouillen aus, die jeden verspätet heimkehrenden Passanten mit den Forderungen wie „Hände hoch!“ usw. beschäftigten. Dann stürzten die militärischen Säuglinge durch ein Feuergefecht die ganze Gegend aus der Ruhe auf. Der Spektakel dauerte die ganze Nacht und muß nicht alkoholischer Beigaben entbehrt haben, denn gegen Morgen erblühte man etliche dieser Reden in gänzlich betrunkenem Zustande. Herrn Jaches umsichtige Leitung hatte allerdings auch dieser Möglichkeit durch einen Morgenkaffee Rechnung getragen, bei denen sich die Mannen vom Schnaps und den Gefahren der Nacht erholten.

Schottwitz. Aus der Partei. Der Einwohner der Partei, der Einwohnerschaft von Schottwitz zur Kenntnis, daß Freitag, den 11. Juni, abends 7,30 Uhr, bei Gastwirt Preßha eine öffentliche Volksversammlung stattfindet. Parteisekretär Genosse Schiffer spricht über den Volksentscheid. Reges Besuch wird erwartet.

Carlswitz. SPD. Unsere Ortsgruppe hält am Sonnabend, den 12. Juni, ein Vergnügen in Kaufers Parthänte Lilienthal ab. Reges Besuch wird erwartet.

Canth. Die feindlichen Kurzwarenhändler. Die beiden Kurzwarenhändler Schönfelder und Länger besaßen sich schon seit geraumer Zeit in Konkurrenzfeindschaft. Als vor Tagen sich beide Händler in dem Dorfe Willkau zum Vertrieb ihrer

Waren aufstellten, gerieten sie in verärgelnden Streit, in deren Verlauf Länger seinem Kollegen Schönfelder mit einem Messer so schwere Verletzungen zufügte, daß sich dieser in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Neumarkt. Ortsausflug. Zu der am vergangenen Freitag einberufenen Sitzung war Landessekretär Genosse Wierlich (Breslau) erschienen, um zu den Funktionären der Gewerkschaften über die Bedeutung des am 20. Juni stattfindenden Volksentscheids zu sprechen. In köstlichem Referat legte er dar, welche große Pflicht jedem Gewerkschaftler obliegt, für den Volksentscheid seine ganze Person zur Einbringung zu bringen. 2½ Milliarden Mark sollen einer Handvoll Leuten zugehängelt werden, wo auf der anderen Seite das soziale Elend breiter Schichten des Volkes keine Grenzen mehr kennt. An Hand von Zahlen zeigte er, wie hoch die Renten der „Parasiten“ des deutschen Volkes seien und mit welcher erbärmlichen Rente Klein- und Sozialrentner, Kriegsooper, Witwen und Waisen, Erwerbslose usw. Abpeilung erfahren. — Der Vorsitzende dankte dem Referenten, hat die Anwesenden, den Aufruf des Bundesvorstandes des ADGB zu beherzigen und sich reißlos in den Dienst der Sache zu stellen und innerhalb der Möglichkeiten gleiches zu propagieren. — Ueber die vom Vorstand wegen der Fortbildungsschule eingeholten Erkundigungen berichtete der Schriftführer. — In der Arbeiterportier-Angelegenheit wurde dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß zwischen Stadt und Ortsausflug baldiger Nachvertrag abgeschlossen werden möge. — Für Belieferung von Bibliotheksbüchern sagte Genosse Wierlich weitestente Entgegenkommen zu. Eine Verklammerung der SUJ soll nach dem Volksentscheid einberufen werden. — Die Verteilung der letzten zwei Protokolle und schriftlicher Eingänge bildete den Schluß der Sitzung.

Neumarkt. Unglücksfall. Der älteste Sohn Walter des Klempnermeisters Konrad von hier kürzte gestern so unglücklich von den letzten Stufen einer Treppe, daß er einen verheerenden Unterkieferbruch erlitt, der sofortige Einklieferung ins Krankenhaus bedingte.

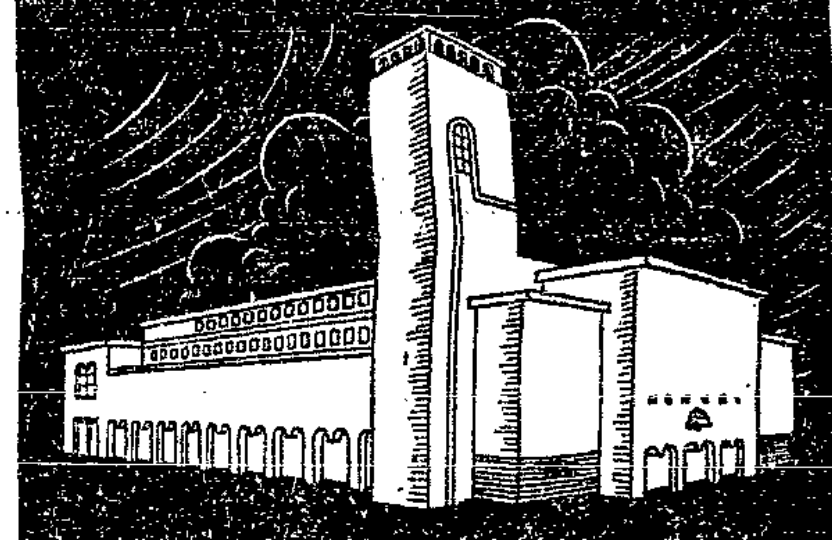
— Eltern aufgepaßt. Wie uns von zuverlässiger Seite gemeldet wird, verstarb in den letzten Tagen ein Unhold an Kinder heranzukommen. Weiteste Beobachtung der Kinder muß erfolgen, um im gegebenen Falle solche Elemente sofort der Polizei übergeben zu können.

Seht die Wählerlisten ein!

Sichert euch das Wahlrecht! Auf jede Stimme kommt es an!

Geschäftliches.

Die Firma Hentel aus der Gegend. In einem umfangreichen Eigenbau zeigt das bekannte Düsseldorf-Gemische Großwerk Hentel die Reizenheiten seines Haupterzeugnisses Perill und des Scheuermittels Ala. Im Vordergrund der großen Halle stehen in stehender Beweglichkeit die mannigfaltigen Maschinen, die das kleine grün-weiß-rote Perill in unablässiger Folge und erstaunlicher Geschwindigkeit verarbeitend fertig machen. Mit einem Minimum menschlicher Arbeitskräfte betreiben diese Maschinen das Drucken, Falzen, Füllen und Kleben der Päckchen. In der Mitte der Halle stehen sechs hohe Glasäulen mit farbigen Garnsträngen, die, nach fünfmaliger Perillwäsche, in leuchtender



Hautheit, von verdeckten Lichtstrahlen bestrahlt, in reichstem Luftzug vibrieren — eindrucksvolle Dokumente für die schonende Waidwirkung von Perill bei bunten Geweben. Ein breiter Rundgang umzieht den ersten Stock. Hier zeigen übersichtliche Statistiken die Produktionsentwicklung, Lagerverteilung, Umsatz, die technischen und chemischen Kontrollen usw. an. In einer besonders umfangreichen Abteilung weist die Firma Hentel darauf hin, daß sie ihre reichhaltige Produktion auf der Grundlage erprobter, wissenschaftlicher Arbeit aufgebaut hat, ein Prinzip, das in den großen Erfolgen keine ganze Berechtigung und Notwendigkeit beweist. Ein reicher Schaumprudel, farbige Belegerei, kräftig in flodiger, großer Beweglichkeit das Innere dieses Ausstellungsbauwerks, der in seltener Eindringlichkeit bei jedem Besucher einen nachhaltigen Eindruck erweckt.



Das Buch!

Wessen Seele aus des Tages Einzelst. hinausgehren will, der findet seinen Trost im Buche.
Volkswacht-Buchhandlung, Neuz Graupenstraße 5

Geld auf Pfänder Leihhaus

Neue Graupenstr. 11, I. 2. Haus v. Sonnenplatz

Gebrauchte, gute Möbel

Echt russ. Schlafzimmer mit groß. Marmor-Büchsch. Mahag.-Schränke, Gas- und Elektr. Lampen, Bilder, Nippes, billig zu verkaufen. Besichtig. 1—4 Uhr. Sachs, Tauentzienstr. 83, I.

Pfandleih-Institut neu eröffnet!

Geld auf Pfänder aller Art, wie Büchsen, Motorräder, Wähe, Rollen usw. gibt bestmöglich konfessioniertes Pfandleih-Institut, Frankfurter Str. 121.

Führer durch das Riesengebiet

(mit 8 Karten). Solange Vorrat. Nur 25 H. Volkswacht-Buchhandlung.

Der sparsame Genießer raucht Zuban Akkif

Der ADGB. auf der „Gefolei“.

Durchschreitet man die langen Reihen der Ausstellungshallen in Düsseldorf, so trifft man bald auf eine Reihe von besonders eigenartig hingestellten Bauten, unter den sich ein leuchtend roter hervorsticht. Die rote und die schwarz-rot-goldene Fahne wehen darüber. Die langgestreckte Kuppel von roten Backsteinen, deren große Flächen von weissen Fenstern durchbrochen sind, tragen vorn die Buchstaben ADGB. So ist

Das Haus der organisierten Arbeiterschaft.

das einzige dieser Art auf der gewaltigen Ausstellung, die der Gesundheitspflege, der sozialen Fürsorge und den Verbesserungen gewidmet ist. In dieser Ausstellung gibt es nicht viel Einheitliches. Die verschiedensten Gruppen sind vertreten und setzen oft auf ihren Plakaten, Plakaten, Schaubildern und Plakaten sogar ihre Meinungsäußerung öffentlich aus. So kann man sehen, wie der Alkohol dem Brauerhandwerk offenbar sehr schädlich ist, während ihn die Weinrenten weniger erbaulich finden. Des Großhändlers Sehnsucht nach Sonne und Grün regt den schaffenden Stillebauer an, im freien Gelände Siedlungshäuser und Kolonien zu bauen. Die Haus- und Grundbesitzer aber finden bereits das bühnenartige Städtchen, das wir nach dem Kriege bekommen haben, als zu viel des Guten.

Es war daher ein glücklicher Gedanke, daß der ADGB. für sein Ausstellungsmaterial sich ein eigenes Haus geschaffen hat. Hier kann er die Leistungen der Gewerkschaften für das Wohl des deutschen Proletariats in einer zweckmäßigen und übersichtlichen Weise zusammenfassen und so gruppieren, daß das zur Schau Gestellte für sich wirkt. Schwarz-Rot-Gold sind die Grundfarben, die auch das Haus durchleuchten. Im übrigen ist der Bau das Muster eines modernen Ausstellungshauses, das, bis in die letzten Höhen hinein, von Licht durchflutet, den Besucher zum Bewundern harrt. Bruno Taut ist der Schöpfer auch dieses Baues. In der hohen Innenhalle herrscht eine originelle Idee. Hier sind

die einzelnen Gewerkschaften symbolisch dargestellt

als gelbeuchende Messingfiguren, die das Ornament eines Brunnens abgeben und miteinander verbunden sind. Transparente Schrift auf rotem Grund nennt die große Zahl der Betriebe der verschiedenen Gruppen, die heute im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ihre sozialen und beruflichen Interessen vertreten sehen. An die Innenhalle schließen sich in zwei Stockwerken die einzelnen Ausstellungsräume. Während der Innenraum in der Hauptachse die Entwicklung der gewerkschaftlichen Zentralverbände und der internationalen Gewerkschaftsorganisation in bildhaft wirkenden Plakaten enthält, sind die Einzelstufen der verschiedenen gewerkschaftlichen Einrichtungen gewidmet.

Der Aufbau ist dabei durchaus einheitlich und geschlossen, wie ja das Thema der Ausstellung von vornherein vorbereitet ist. Sowohl für den Gewerkschaftsbund wie für die einzelnen Gewerkschaften kommt es darauf an, den Boden zu zeigen, auf dem die Gewerkschaftsbewegung wuchs: die Fronarbeit der frühkapitalistischen Zeit, die soziale Bedrängnis, die verheerenden Folgen für die Gesundheit der Arbeitenden und die Wehrlosigkeit des schaffenden Volkes. Erschütternde Bilder zeigen die wichtigsten Berufsrisiken und die Folgen einer überlangen Arbeitszeit. Auf diesem Boden entstanden im Kampfe gegen die sozialen Schäden die gewerkschaftlichen Organisationen und haben sich ausgedehnt, weit über die nationalen Grenzen hinaus. Das gewaltige Wachstum der gewerkschaftlichen Organisationen ist den organisierten Arbeitern aus den Jahresberichten ihrer eigenen Verbände größtenteils bekannt. Wie es hier veranschaulicht ist, das ist bei den einzelnen Verbänden verschieden. Oft werden

Tabellen in anschaulicher Form verwendet im Zusammenhang mit der bunten graphischen Zeichnung. Andere Verbände zeigen mit groß angelegten Wandbildern die große Verbreitung ihrer Organisation. Fast überall wiederholt sich das mächtige Anwachsen der Unterstützungszahlen in verschiedenen Bildern. Überall kommt

Das kräftige Aufstreben der Organisationen

zum plastischen Ausdruck, die jetzt im Staat und im öffentlichen Leben zu einem maßgeblichen Faktor geworden sind. Ist so die Grundtendenz der Darstellung fast überall die gleiche, so ist man von der Vielartigkeit der Mittel überrascht, die zur Anwendung kommen und die bei den meisten durchaus glücklich gewählt ist. Der Graphische Bund hat in einer Reihe in eigenem Stil seine Leistungen nicht nur in Wort und Schrift wiedergegeben, sondern sie auch in denjenigen Formen umrahmt, die dem graphischen Gewerbe eigenständig sind. Die Nahrungs- und Genussmittelarbeiter zeigen an lebenswahren Modellen die schweren Gefahren, die unzweckmäßige Arbeitsstätten nicht nur für den Arbeitenden, sondern für die Volksgemeinschaft überhaupt bringt. Die Figur eines Sämanns, der über das ganze Deutschland den Samen gewerkschaftlicher Aufklärung streut, hat der Deutsche Landarbeiter-Verband zu seinem Symbol gewählt. Von gewandter Eindringlichkeit sind die Zeichnungen, in denen der Textarbeiter-Verband die schweren Gefahren seines Berufes in Heimarbeit und Fabrik besonders für Frauen und Mütter bringt. Das sind so einzelne Beispiele, die nur deshalb hervorgehoben werden, weil ihre Eigenart besonders in die Augen fällt. Doch auch die anderen Verbände haben fast durchweg ihr Bestes beigegeben und künstlerische Kräfte in den Dienst der Sache gestellt, um die Ausstellung zu dem zu machen, was sie wirklich geworden ist: zu einer

Kraftvolle Demonstration

für die Notwendigkeit der Gewerkschaften

und für das Ringen der Arbeiterschaft um ihr Lebensrecht. Dabei kommen auch die vielen Einrichtungen gewerkschaftlicher Selbsthilfe zur Darstellung: die großen Aufwendungen, die für Streiks gemacht werden müssen, die gezahlten Unterstützungszahlen und die Leistungen der Versicherungskassen, die Einrichtung von Gewerkschaftshäusern und Heimen und nicht zuletzt die noch junge aber schon jetzt erstarrte Arbeiterbewegung.

So gibt die Ausstellung des ADGB. in Düsseldorf ein Spiegelbild des Werdeganges der modernen Arbeiterorganisationen und ihrer Leistungen für das Wohl des wehrfähigen Volkes. Der Sozialpolitiker und Volkswirt sieht hier mit wenigen Strichen die Wirkungen des Industrialisierungsprozesses auf die Arbeits- und Lohnbedingungen. Er sieht, wie der Kampf der Gewerkschaften um ihr Recht in Volk und Staat ein in sich zwingend begründeter Kampf ist, den man nicht mit flachen Redensarten hinwegdiskutieren kann. Er sieht vor allem, daß die organisierte Arbeiterschaft heute eine gewaltige und ihrer Kraft bewusste Macht darstellt, deren Wirken darauf gerichtet ist, die Lage der Bedrängten zu heben und dem arbeitenden Volk Freiheit und

Mitbestimmung im modernen Produktionsprozeß

zu verschaffen. Es ist sicher kein Zufall, daß die Arbeiterschaft jetzt bei der Darstellung ihrer Ziele in Konkurrenz mit anderen, der sozialen Fürsorge und der Sozialpolitik gemäßigten Bestrebungen ihren eigenen Stil sucht und findet. Es ist der Rhythmus der Arbeit und des Kampfes, der hier in monumentaler Form seinen Ausdruck gefunden hat und der mit den modernen Mitteln der schriftlichen und bildhaften Propaganda den Gedanken des Freiheitskampfes vertritt.

niedrigere Verkaufspreise. Die Seife mußte das Reich besetzen. Und ein solches Verhalten fand die Unterstützung eines Teils der Vertreter des Reichstages, des Reichsrats und des Reichswirtschaftsrats, die zur Wahrung öffentlicher Interessen in den Beirat delegiert waren!

Daß dieser Einfluß dem Reichsinteresse schädlich war, ist seit länger Zeit kein Geheimnis. Wie er sich aber im einzelnen abgepielt hat und wie er sich materiell auswirkte, entzog sich bisher der öffentlichen Kenntnis. In einer der letzten Sitzungen des Untersuchungsausschusses hat der sozialdemokratische Abgeordnete Eggert sich an Hand einwandfreier amtlicher Unterlagen nachgewiesen, wie in zahllosen Fällen durch die Beschlüsse des Beirats die Arbeit der Monopolverwaltung durchkreuzt und das Reich um Hunderte von Millionen geschädigt wurde. Das geschah regelmäßig dadurch, daß das Brennrecht höher und die Preise ungünstiger festgelegt wurden, als es die Monopolverwaltung vorgeschlagen hatte. Die Folge ist, daß die Monopolverwaltung gegenwärtig über einen Bestand von rund zwei Millionen Hektoliter Spirit verfügt, eine Menge, die größer ist als der Abfluß eines ganzen Jahres. Eine weitere Folge ist, daß der Branntwein trotz hoher steuerlicher Belastung wesentlich geringere Erträge für die Reichskasse liefert als das Bier oder ein so notwendiges Nahrungsmittel wie der Zucker.

In der Beiratsitzung vom 19. Oktober 1923 schlug die Monopolverwaltung einen Grundpreis von 42 Mark für den Hektoliter vor. Der Ausschuss beschloß 80 Mark. Der Unternehmerpreis wurde um 18 Mark pro Hektoliter höher festgelegt, der Verkaufspreis aber von 90 auf 80 Mark ermäßigt. Beide Beschlüsse zusammen haben dem Monopol einen Verlust von mindestens 2 1/2 Millionen Mark zugefügt. In der Beiratsitzung vom 19. Dezember 1923 wiederholte sich dieses Spiel. Der Grundpreis wurde statt der vorgeschlagenen 50 Mark auf 55 Mark festgelegt, der ermäßigte Verkaufspreis von 60 auf 45 Mark herabgesetzt. Verlust für die Monopolverwaltung mehr als 7 Millionen. Der regelmäßige Verkaufspreis wurde gleichzeitig entgegen dem Vorschlag der Monopolverwaltung von 600 auf 400 Mark herabgesetzt. Der dem Reich dadurch entfallende Verlust beträgt mehr als 50 Millionen Mark. Einige andere Beschlüsse verursachen einen Ausfall von etwa 2 Millionen.

Im Jahre 1924 wurde dieses Treiben munter fortgesetzt. In der Beiratsitzung vom 27. Juni wurde der ermäßigte Verkaufspreis von 45 auf 30 Mark herabgesetzt und dem Reich ein Verlust von rund 3 Millionen zugefügt. Noch schlimmer sehen die Beschlüsse vom 21. Oktober 1924 aus. Das Brennrecht wurde von 60 auf 70 Prozent erhöht. Verlust für das Reich knapp 1 1/2 Millionen Mark. Beim Grundpreis schlug die Monopolverwaltung 40 Mark vor. Der Beirat beschloß 50 Mark und entsprach damit den Forderungen der Kartoffelbrenner. Würde der Preis von 50 Mark in Kraft getreten sein, so wäre dem Reich ein Verlust von etwa 15 Millionen Reichsmark entstanden. Das war aber selbst dem Reichsfinanzminister Luther zu Juni. Er setzte mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes den Preis auf 48 Mark herab und verminderte den Verlust des Reiches auf 12 Millionen. In der gleichen Sitzung wurde der ermäßigte Verkaufspreis vom Beirat auf 400 Mark festgelegt, die Monopolverwaltung hatte 500 Mark vorgeschlagen. Die Durchführung des Beschlusses des Beirats hätte einen Verlust von 48 Millionen Mark zur Folge gehabt. Auch hier griff der Reichsfinanzminister ein, setzte den Preis auf 480 Mark fest und verminderte den Verlust auf 39 Millionen. In der Beiratsitzung vom 9. Dezember 1924 wurde entgegen dem Vorschlag der Monopolverwaltung für Maisbranntwein ein Zuschlag von 82 Mark beschlossen. Verlust für die Monopolverwaltung: 4 1/2 Millionen Mark. Außerdem wurde den Branntweinbesitzern mit rückwirkender Kraft ein günstiges Bezugsrecht zu wesentlich ermäßigtem Preise gewährt. Würde die Monopolverwaltung diesem Beschluß gefolgt sein, so hätte sie auch hierbei rund 4 1/2 Millionen zuzahlen müssen.

Auch im Jahre 1925 änderte sich das Bild nicht. Am 26. März schlug die Monopolverwaltung als Grundpreis ab 1. Mai 1925 30 Mark vor. Der Beirat beschloß 40 Mark ab 1. Juni. Als Beschwerdeinstanz entschied der Reichsrat sich für 30 Mark ab 1. Juni. Dadurch entging der Monopolverwaltung eine Ersparnismöglichkeit von 36 Millionen. Sie blieb durch den Beschluß des Reichsrats allerdings vor einem weiteren Verlust von etwa 900 000 Mark bewahrt. In der Sitzung vom 26. September gelang es der Monopolverwaltung, für ihren Vorschlag auf Festlegung des Verkaufspreises auf 800 Mark eine Mehrheit zu finden. Sofort erhoben die Interessenten Beschwerde beim Reichsrat. Ergebnis: der Preis wurde ihrem Verlangen entsprechend auf 200 Mark herabgesetzt, so daß dem Monopol ein Verlust von etwa 1,9 Millionen entstand.

Dieser Zustand ist natürlich unhaltbar. Er zeigt, daß die Unwirksamkeit des Branntweinmonopols in hohem Maße auf die Interessentenwirtschaft im Beirat zurückzuführen ist. Bei der Reform des Monopols muß sie beseitigt werden.

Die vierte Wagenklasse, die Fahrgelegenheit des Volkes.

Von den 2 106 300 000 Personen, die die deutsche Reichsbahn im Jahre 1925 beförderte, waren 842 520 Fahrgäste der 1. Klasse, 111 844 530 waren Gäste der 2. Klasse, 690 977 030 saßen in der 3. Klasse und der Rest, mehr als 1,3 Milliarden, wurde in der 4. Klasse befördert. Zu den wirklichen Tarifpreisen wurden nur gegen eine Milliarde Fahrkarten, genau 978 586 980 ausgegeben, die übrigen, weit mehr als die Hälfte, führen zu ermäßigten Preisen. Gegen 1913 ging die Benutzung der 1. Klasse um mehr als zwei Drittel zurück, die der 2. Klasse um fast 50 Prozent, die der 3. Klasse auch fast um ein Drittel, nur die der 4. Klasse stieg um mehr als ein Fünftel. Der Fernverkehr samt um ein Fünftel, der Vorortverkehr hat sich mehr als verdoppelt, die Abgabe von ermäßigten Karten stieg etwas.

Belgien bezieht keine Reparationskohl mehr.

Die Tatsache, daß Belgien den Bezug deutscher Reparationskohle eingestellt hat, wird jetzt auch von deutschen amtlichen Stellen bestätigt. Belgien hat wahrscheinlich mit Rücksicht auf seinen eigenen Haushalt und seine Wahrung ein starkes Interesse daran, Bezahlungen aus dem Domesplan zu erhalten. Es ist offenbar weiter der Meinung, daß es im freien Handel die Kohle billiger bekommen kann als zu den Preisen, die ihm für Reparationen gutgeschrieben werden. Belgien hat in den letzten Monaten je 233 000 Tonnen deutsche Reparationskohle bezogen. Ein gänzlicher Ausfall dieser Lieferungen würde natürlich eine empfindliche Einbuße an Beschäftigungsmöglichkeit für den ahnein von der Krise schwer betroffenen deutschen Bergbau bedeuten. Deshalb muß man wünschen, daß es noch durch Verhandlungen gelingt, einen möglichst großen Teil der Kohlenlieferungen an Belgien, sei es auf Reparationskonto, sei es über den freien Lieferungsverkehr, aufrecht zu erhalten.

Antliche Deviantur der Berliner Börse

vom 9. Juni.			
1 Pfund Sterling	20,407	100 fr. Francs	12,44
1 Dollar	4,195	100 fr. Kronen	12,418
100 holl. Gulden	189,60	100 Schweizer Francs	81,16
100 belg. Francs	11,89	100 belg. Kronen	68,67
100 norw. Kronen	93,85	100 schwed. Kronen	112,26
100 dänig. Gulden	80,83	100 000 ung. Kronen	6,865
100 öst.	15,44	100 öst. Schilling	16,25
100 öst. Kronen	111,26	100 öst. Florin	41,02

Hand- und Kopfarbeiter!
 Vergesst nicht, für eure Partei
 und für eure Presse zu werben!

Unveränderte Lage im englischen Bergbaukonflikt.

London, 9. Juni. (Eigener Funkbericht.) Am Dienstag sind zum ersten Male wieder die Führer der Bergarbeiter und die Vertreter der Bergbauunternehmer zu Verhandlungen zusammengelassen, die drei Stunden dauerten. Die Unternehmer haben bei dieser Gelegenheit den Bergarbeitern abermals die Verhandlungsbasis vorgeschlagen, daß die vor dem Streik geltenden Arbeitsbedingungen weiterhin maßgebend sein sollen, am fünf Tagen der Woche acht Stunden, am Sonnabend 8 Stunden zu arbeiten. Die Lohnregelung soll die gleiche bleiben. Im Anschluß an diese Besprechung trat am Abend das Exekutivkomitee der Bergarbeiter zu einer Vollversammlung zusammen. Nach Schluß der Sitzung wurde die Lage als unverändert bezeichnet. Eine neue Zusammenkunft mit den Unternehmern ist einstweilen nicht verabredet worden.

Sie haben die Erwerbslosen vernachlässigt.

Nach der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ vertritt ein Teil der Kommunisten die Auffassung, daß die Kommunistische Partei die Erwerbslosen vernachlässigt hat. Gegen die schweren Vorwürfe aus den eigenen Reihen zählt das Leipziger Sowjetorgan alles auf, was die KPD. an Forderungen, Parolen und Parteipropaganda in der letzten Zeit den Erwerbslosen gehalten hat. Daß diese nicht davon seit geworden und auch ihre Not nicht gelindert worden ist, beweist die Unzufriedenheit der kommunistischen Arbeiter mit den Agitationsparolen und dem Propagandastil ihrer Partei. Die KPD. entschuldigt die Erwerbslosigkeit der kommunistischer Aktionen damit, daß es nicht an dem Willen der KPD. gelegen habe, sondern am geringen Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften. Dieses Eingeständnis der Schwäche steht im schreienden Widerspruch zu der sonstigen Maulwurfsarbeit der kommunistischen Führer.

Die Arbeitnehmergruppen der Landbünde sind keine wirtschaftlichen Vereinigungen!

Diese Feststellung wird erneut durch den Preussischen Minister für Handel und Gewerbe gemacht.

Auf eine Anfrage wurde dem Arbeitersekretariat Straßburg mitgeteilt:

Der Preussische Minister für Handel und Gewerbe

J. Nr. III, 3339
 Berlin W. 9, den 29. April 1925.
 Leipziger Straße 2.

Im geschäftlichen Schreiben vom 3. April 1925, das von dem Herrn Reichsfinanzminister an mich zugänglichkeitshalber abgegeben worden ist.

Ueber die Frage, ob der Landbau als wirtschaftliche Vereinigung zu gelten und Arbeiterschaft zu betrachten ist, ist bereits von mir im Jahre 1923 entschieden worden. In der Verhandlung mit dem Herrn Reichsfinanzminister und dem Herrn Preussischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten kann ich die Ansicht nicht vertreten, daß die Landbünde nicht als eine wirtschaftliche Vereinigung im Sinne des angedeuteten Gesetzes anzusehen sind. Die berufliche Arbeiterschaft kann also in Berücksichtigung der Bestimmungen des Gesetzes nicht als eine wirtschaftliche Vereinigung betrachtet werden.

Bei der Entscheidung über die Frage, ob die Landbünde als eine wirtschaftliche Vereinigung zu betrachten sind, ist die Frage, ob sie als eine wirtschaftliche Vereinigung zu betrachten sind, von entscheidender Bedeutung. Die Landbünde sind als eine wirtschaftliche Vereinigung zu betrachten, wenn sie die Voraussetzungen des Gesetzes erfüllen. Die Landbünde sind als eine wirtschaftliche Vereinigung zu betrachten, wenn sie die Voraussetzungen des Gesetzes erfüllen.

„gelben“ Gründungen, ist nunmehr Meite gegangen. Ueber das Vermögen wurde das Konkursverfahren eröffnet. Die Arbeiterschaft leistete geschlossenen Widerstand gegen die gelbe Gründung, so daß der Direktion nichts anderes übrig blieb, als den Werkmeisterverband (wegen Mangel an Mitgliedern) seinem Schicksal zu überlassen.

Aus der Angestelltenjugendbewegung.

Während der Pfingstfeiertage veranstaltete der Zentralverband der Angestellten in vielen Teilen des Reiches Gaujugendtreffen. In vielen Tausenden waren die jungen Menschen aufmarschiert, um die Freundschaftsbände enger zu knüpfen. Die besonders zahlreich ausgezeichneten beruflichen Arbeiten waren die besten Beweise dafür, daß die Jugend des J. A. großen Wert auf die berufliche Weiterbildung legt. Die Treffen waren mit Rundgebungen für Jugendklub und Jugendrecht verbunden. An den Veranstaltungen der Jugendgruppe J. A. kann jeder kaufmännische Lehrling und jugendliche Angestellte teilnehmen, soweit er dem J. A. angehört. Der Beitritt kann jederzeit erfolgen. Der Beitrag ist sehr gering.

Die belgische Gewerkschaftskommission beschloß, alle angeschlossenen Verbände aufzufordern, pro Mitglied zwei Franken zur Unterstützung der erglischen Bergarbeiter zu erheben. Die meisten Gewerkschaften haben sich diesem Beschluß bereits angeschlossen. Der Gesamtbetrag wird ungefähr eine Million Franken ergeben.

Wirtschaft.

Schnapskorruption.

(Interne aus dem Beirat des Branntweinmonopols.)

Der Reichstag hat vor einigen Monaten einen Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Verhältnisse bei dem Branntweinmonopol eingesetzt. Seine Tätigkeit hat bisher leider nur geringe Bedeutung gefunden. Er hat jedoch eine ganze Reihe von interessanten Tatsachen festgestellt, die im Hinblick auf die gelegentliche Neuregelung des Branntweinmonopols erhebliche Bedeutung besitzen. Das gilt in erster Linie von den Feststellungen über die Tätigkeit des Beirats der Monopolverwaltung. Dieser Beirat ist der Monopolverwaltung nebengeordnet, teilweise sogar übergeordnet, denn ihm obliegt in Verbindung mit der Monopolverwaltung die Festlegung des Brennrechts, des Grundpreises sowie der Zuschläge und Abzüge und der Verkaufspreise. Bei allen wichtigen, das materielle Ergebnis des Monopols beeinflussenden Fragen ist also der Beirat die entscheidende Instanz.

Bei dieser Sachlage ist die Zusammensetzung des Beirats natürlich von größter Bedeutung. Der Beirat besteht aus 16 Mitgliedern. 16 Mitglieder sind Vertreter der an der Branntweinwirtschaft beteiligten Gewerbe-Unternehmer, Arbeiter und Verbraucher, je fünf Mitglieder werden vom Reichstag und Reichsrat und drei vom Reichswirtschaftsrat ernannt. Einen Vertreter ernannt der Reichsfinanzminister nach freiem Ermessen. Außerdem hat die Monopolverwaltung drei Stimmen. Kein zehntelteil haben die Vertreter der öffentlichen Interessen mit 17 Stimmen die Mehrheit gegenüber den 16 Vertretern der privaten Interessen. In Wirklichkeit ist aber nach den Aussagen des Reichswirtschaftsrats ein Schichten nicht selten ein Teil der öffentlichen Stimmen zugunsten der privaten Interessen auf dem übergeben worden, wenn diese einen bestimmten Zweck verfolgen. Das ging sogar soweit, daß die Vertreter der öffentlichen Interessen sich bei den Abstimmungen für die Ernennung der Beirat über die Ernennung der Beiratsmitglieder gestellt. Diese Ernennungen sind regelmäßig unter der Bedingung der Ernennung der Beiratsmitglieder erfolgt. Die Ernennung der Beiratsmitglieder hat sich in der Vergangenheit und in Zukunft wiederholen können. Die Ernennung der Beiratsmitglieder hat sich in der Vergangenheit und in Zukunft wiederholen können.

Unterhaltung

Die Kur.

Skizze von Kurt Kläber.

Zupp, der Maurer, wollte das Trinken probieren. Ein Schnaps, zwei Schnäpse, drei Schnäpse. Das tat ganz gut. Gegen Abend ging er heim. Sonderbar, alles schwantete, Straßen und Häuser, sogar die Haustür. Thres, die Frau, hörte ihn kommen. „Sup!“ da stand er bereits in der Küche. „Sup!“ da torierte er schon zu seinem Stuhl. Thres starrte ihn an. Also jetzt hatte sie einen Säuser zum Mann. „Teufel!“ sie spuckte aus, nahm einen Scheuerlappen und schlug ihn dem Zupp um die Ohren.

Zupp trank ein zweites Mal. Einen Schnaps, zwei Schnäpse, drei Schnäpse, vier Schnäpse. Das tat ganz gut. Gegen Abend ging er heim. Sonderbar, heute schwankten die Häuser und Straßen noch mehr. Die Haustür war kleiner wie ein Schlüsselloch. Die Kuchentür war kleiner wie ein Nadelöhr. Er kam aber doch noch hinein.

Thres machte größere Augen. Also heute war der Säuser ein Schwein. Sie spuckte wieder aus, schlug ihm den Scheuerlappen noch länger um die Ohren und bearbeitete ihn außerdem mit dem Besen.

Zupp trank das dritte Mal. Einen Schnaps, zwei Schnäpse, drei Schnäpse, vier Schnäpse, fünf Schnäpse. Das tat ganz gut. Diesmal mußten sie ihn führen. Wie einen Toten zerrten sie ihn ins Haus. Plumps! Da lag er. Thres machte keine Augen mehr, Thres spuckte auch nicht aus, Thres nahm auch nicht den Scheuerlappen, sie ging in ihre Kammer, ziegelte sie ab, sagte einen Entschluß.

Am nächsten Abend stand Thres am Bau. „Guten Abend, Zupp!“ „Guten Abend, Thres! Was willst du? Willst du mich heimholen? Ich gehe erst trinken!“ „Ich will dich nicht heimholen, Zupp! Ich gehe mit!“ Zupp riß das Maul auf. „So“, sagte er. „Auch gut!“

„Einen Schnaps, Wirt!“ sagte Zupp. „Zwei Schnäpse!“ sagte Thres. Zupp staunte. „Einen Schnaps, Wirt!“ sagte Zupp. „Zwei Schnäpse!“ trübte Thres. Zupp staunte noch mehr. „Einen Schnaps, Wirt!“ sagte Zupp. „Zwei Schnäpse!“ lachte Thres. Zupp staunte nicht mehr. „Jetzt gehen wir!“ sagte er.

Er schleppte sie wie einen Sack heim, warf sie auf die Bank und ließ sie dort liegen. „Also eine Säuserin habe ich jetzt zur Frau!“ sagte er noch. „Auf! Teufel!“ Dann ging er in die Kammer, schloß sich ein und sagte auch einen Entschluß.

Am nächsten Abend stand Thres wieder am Bau. „Guten Abend, Zupp!“ „Guten Abend, Thres! Wo willst du hin?“ „Trinken!“ „Trinken!“ schrie sie Zupp an. „Wir gehen heim!“ Thres riß den Mund auf. „So!“ sagte sie. „Auch gut!“

Am dritten Abend ging Thres nicht wieder zum Bau. Zupp war pinklich. Es gab Kartoffeln, etwas Fett, später noch etwas Mehliges. „Und da ist auch Schnaps!“ sagte Thres und stellte eine Flasche und zwei Gläser auf den Tisch. „Auf!“ machte Zupp. Er schüttelte ihn in den Kohlenkasten.

Die Nibelungen im Dorfe.

Russische Skizze von W. Schislow.

In einem kleinen russischen Krähwinkel erschien eines Tages ein unbekannter Mensch, der sich als Kinomann ausgab. Er war klein gewachsen, breitschulterig und trug eine Hornbrille auf der Nase.

Und so begann die Geschichte. Der Kinomann mietete von einem Bauern eine große leere Scheune, richtete sie rasch als Kino her und hing ein Plakat heraus, auf dem zu lesen stand, daß der richtige Nibelungenring gezeigt werde, ein ausgezeichnetes Bild, ein Weltkämpfer, von verblichener Wirkung, und „wer es nicht glaubt, kann sich überzeugen, für 15 Kopeten, oder 5 Stück frische Eier, doch keine faulen.“

In diesem entlegenen, aber reichen Dorfe hatte noch niemand in seinem Leben ein Kino gesehen, doch trotz der verlockenden Einladung des fremden Mannes wurden die Karten nicht verkauft.

Da rettete ein Mählgast die ganze Lage. Er kam zur Wohnung der Ordnung aus dem Nachbarort, wo der Kinomann am vorhergehenden Sonntag den Film gezeigt hatte.

„Die Sache lohnt sich, sagte er zu den Bauern, die auf der Weide standen — ganz verblichend, doch ihr werdet selbst schauen... Die Haare werden euch zu Berge stehen. Ein Filmband erster Güte.“

„Was soll uns dieses Band. Wir sind doch keine Weibsbilder, kramten die Bauern. — Erst ist's ein Ring, dann ein Band... zeigt uns was Nichtiges, Klee oder Düngemittel...“

„Geld wird man von uns nehmen, aber was dann...“ Dennoch strömte man in die Vorstellung. Die große Scheune konnte kaum alle fassen. Ein Teil der Zuschauer schlich sich heimlich ein: als die Vorstellung begann, bedeckten die Büsche des Dorfes schnell ein Stück des Daches ab und sprangen in das Dunkel, wie Frösche in das Wasser.

„Die Vorstellung beginnt“, schrie der Kinomann. Ein Mannern, ein Weibchen, die weiße Wand verschwand und an ihrer Stelle erschien das lebende Bild. Ein Reiter der Gleichzeitung, und Augen und Mund standen weit offen... Blühschön trübte ein langhaariger Busche auf einem weißen Pferd durch den Waldweg und geradewegs auf den Großvater zu, der auf der ersten Bank saß. Der springt in die Höhe.

„Was frad das für Scherze?“ schrie er zu der Wand, wo der Wald saß, bewegte. — „At er blind; der Teufel, stürzt Schwarstrack auf mich und mein Entlein los!“

„Was ist los?“ fragte der Kinomann, hörte auf zu drehen und das Bild blieb stehen.

„Zerissen, zerissen“, raunte man in der Menge. „Nichts dergleichen, wir haben keine zerissenen Bilder“, sagte der Kinomann beleidigt. „Ihr werdet gleich einen Kampf sehen, einen Teil der Eroberung der Welt noch nicht dagewesenen Kampf des großen Helden Siegfried mit dem gewaltigen Drachen in einer Länge von 144 Metern.“

„Ach“, machten alle und kanten nach hinten. Der Kiemenbrache riß den ungeheuren Rachen haushoch auf und schluckte Wasser aus der Gasse.

Viele spiczen aus, einer schrie: „ein Krotodil“. Der Großvater auf der ersten Bank betrugte sich und sprach laut ein Gebet: „Du Mutter Gottes, rette uns alle, rette uns!“

Da zeigte sich der Held. Er legte das Gewand ab und ließ nackt auf das Antler zu.

„Nacht, nacht“, lachten die Frauen. „Du Junge, komm einmal her.“

Der Held verfechte dem Ungeheuer einen Schlag nach dem anderen mit seinem glühenden Schwert. Das Tier schlug mit dem Schwanz, streckte die Krallen aus, bewegte langsam das Maul, und seine Augen, die so groß waren wie ein Haushafen, prickelten Feuer.

„Mutter Gottes, gib uns einen sanften Tod“, betrugte sich der Alte. „Schaut nur, schaut, verwundet. So geschieht's ihm recht, dem Hund... Schlag ihn tot“, schrie er und drohte dem Antler mit seinem Stod.

Das Ungeheuer spie Blut aus dem Rachen. Blut strömte aus der Wunde und aus der Nase, seine Augen erloschen. Der Alte zitterte, griff bald nach der Bank, bald nach seinem Entlein; es deutete ihm, daß der sterbende Drache sich umdrehen und alle in der Scheune zu Brei zerdrücken werde.

Das Bild lief weiter.

So viele Madonnen...

So viele Madonnen hat diese Stadt,
Die wüßen ihr Kind nicht auf dem Knie...
Sie müssen zur Arbeit blasen und maßen
Und dennoch wird ihr Kind kaum satt...
So viele Madonnen hat diese Stadt
Und sie frugen ihr Kind doch wie jene Marie.

So viele Madonnen im grauen Kleid,
Die heimlich hoffen, ihr Kindelein lacht,
Wenn ihnen die Maschine schreit
Und bitter singt ihr Herzeleid...
So viele Madonnen im grauen Kleid
In dunkler sternloser Nacht.

So viele Madonnen im lichten Schein,
Der über ihre Häupter fliegt...
Ihr müdes Blut wird roter Wein,
Erlöserkraft geschenktes Sein...
So viele Madonnen im lichten Schein,
Wenn rot die Weltensfahne fliegt.

Bruno Schönlant.

„Ach, Donnerwetter“, sagte der Alte befriedigt, als der fleg-reiche Held sich im Palast der schönen Prinzessin zeigte.

Der Alte wünschte sich den Schweiß von der Gläse und konnte sich von dem Bilde nicht losreißen.

Da erklärte der Kinomann, daß die Vorstellung zu Ende sei. „Und wo ist denn der Ring?“, durchschnitt eine Stimme gellend die dunkle Stille.

Und nun schwirrten Stimmen von einer Wand zur anderen. „Alles Schwindel. Man hat versprochen, uns einen Nibelungenring zu zeigen. Und auch ein Band.“

„Nichts hat man gezeigt, wo ist der Ring. Betrug.“ „Dreh weiter, Meister, dreh weiter.“ „Ruft nur lauter. Es war doch schön.“

„Die Vorstellung ist zu Ende. Man muß das Band aufrollen.“

Der rote Jugendgenosse kletterte auf ein Faß, steckte die Hände in die Taschen und begann zu reden: „Schaut, Bürger, weicht erstklassige Drachen es in den zaristischen Wäldern gibt. Darin liegt die Macht der Bourgeoisie. Diese Bourgeoisie haben sich der richtigen Bestien bemächtigt, um das Blut aus den Knochen der Arbeiter zu saugen. Mit solchen Bestien, Genossen, können sie gut leben, wenn sie solche Bestien antreiben, die Erde zu bebauen, dann brauchen sie keine Maschinen. Diese Bestie kann ohne Achsen tausend Wagen schleppen. So sind sie, diese Schmarotzer, sie umzingeln unser Land. Nieder mit den Verrätern!“

Der rote Jugendgenosse schaute sich um und fuhr fort: „Jetzt, Genossen, paßt auf, was uns die Bourgeoisie für eine Erbschaft hinterlassen hat. Uns, Genossen, sind anstatt dieser großartigen Drachen nur schauderhafte Abfälle vom herrschaftlichen Tisch, wie Ratten, Maulwürfe und Hamster, geblieben. Genossen, ihr seht anspöulisch, wie untereins von dem ausländischen Kapital ausgebeutet und welche Blockade sie uns auferlegen. Das ist die Einkreftung, da liegt der Nibelungenring. — Aber kommen wir die Stunde, wo wir mit der roten Fahne in der einen Hand, mit der Handgranate in der anderen...“

„Bürger“, unterbrach ihn der Kinomann, „er versteht nichts aus dem Inhalt, und die Sache ist so, daß hier alles nicht wirklich ist. Der Wald, wie die Paläste und die Wirtinnen, alles ist in Deutschland oder Amerika gemacht worden in besonderen Bauten, und der Drache, erst recht, ist nicht wirklich; solche Untiere gibt es gar nicht auf der Welt, es ist nur eine optische Täuschung.“

„Aha, Täuschung“, schrie einer mit aufbrausender Stimme, „habt ihr gehört, Leute?“

Und der Kinomann fuhr fort: „Dieser gewaltige Drache ist aus Holz, Draht und Zellstoff gemacht und außen angestrichen. In seinem Innern, im Magen und im Lachen sitzen Leute, wie auch in jeder Lache zur mechanischen Regulierung. Diese Männer drehen das recht, das links, so daß der Balg sich bewegt. Und das aus den Wunden strömende Blut ist rotes Wasser, das die Arbeiter herauspumpen, wenn man ihnen ruft, daß es Zeit ist.“

Der rote Jugendgenosse trat vor und hinderte den Kinomann am Weiterreden.

„Genossen, es ist sehr gut“, begann er, „daß es solche Tiere nicht auf der Welt gibt, und dies nur ein amerikanischer Balg ist. Das versteht sich aus zwei Gründen: Wenn solche Tiere in einem proletarischen Lande lebten, würden sie die ganze Erde auffressen. Solche Bestie braucht doch bestimmt 30 Wagen Heu ohne das Getranke. Und dann Genossen, denkt an die Lage der amerikanischen Arbeiter. Die einen sind dem Ungeheuer in die gewaltigen Taschen geraten und sitzen dort streng isoliert. Die andern wurden sich in seinem Magen bald nach rechts, bald nach links, ohne die nötige Luft zu haben. Ach, ihr Schweigt, Genossen, weil ihr einverstanden seid. Wenn ihr zerrissen seid, dann wißt ihr, wo unser Arbeiter und Bauer steht und wo der ausländische Schande über die Bourgeoisie. Schlagt die Bestie nieder, wie auf dem Bilde der nackte Mann, der, wie ein Ritter gekleidet, doch bestimmt aus der proletarischen Intelligenz kommt. Nehmen wir ein-

stimmig eine Resolution an, daß nach diesen Schlägen auf den Drachen, auf den Weltkapitalismus, ihm nicht Wasser aus der Pumpe ströme, sondern das rote Blut, gemäß unserer Ideologie. Genossen, ich habe gesprochen...“

Aus dem Russischen übertragen von S. Herz und E. Worinsky.

Darf der Arbeiter geistliche Musik aufführen und wie weit darf er hierin gehen?

(Schluß.)

Von den vielen Einwänden, die von manchen Arbeiterführern gegen derartige Ausstellungen und gegen die Aufzählung gewaltiger Kunstwerke, wie sie die geistliche Musik hervorgebracht hat, durch Arbeiterführer vorgebracht werden, greife ich nur die beiden wesentlichsten heraus:

Einmal wird gesagt, die Masse kommt nicht mit und man muß ihr zunächst einmal Konzessionen machen, um sie allmählich zu sich heranzuziehen. Das klingt bestechend und ist doch rein theoretisch gedacht. Denn einmal wird kein Dirigent, der ein wirklicher Künstler ist, bereit sein, in künstlerischen Dingen irgendwelche Konzessionen zu machen; denn seine Kunst ist dem echten Künstler ein unantastbares Heiligtum, das er sich nicht durch Tendenzen, die nichts mit der Kunst zu tun haben, entweihen lassen wird; dem wahren Künstler sind aber auch Sänger und Hörerschaft Heiligtümer; an diesen würde er sich schwer verstoßen, und er müßte sich selbst einen gewissenlosen Lump heißen, wollte er ihnen etwas anderes als hehrte, erhabenste, heiligste Kunst vorsetzen. Nein; alle politischen Tendenzen, alle Spekulationen auf Masseninstinkte muß der Künstler in künstlerischen Dingen entschieden ablehnen. Sie würden den Tod aller Kunst bedeuten. Und Hand aufs Herz: was wäre denn in Wirklichkeit durch künstlerische Konzessionen an die Masse gewonnen? Glaubt man wirklich, durch Vorführung von Kunst die Masse auch späterhin für hohe Kunst gewinnen zu können? Nein und nimmer! Nein, der einzig gangbare Weg ist der, der Masse immer wieder hohe Kunst vorzuführen, verbunden mit unentwegter und geduldiger, allgemeinverständlicher Belehrung über das Wesen aller Kunst im allgemeinen und der Musik insbesondere. Und auch dann noch werden große, bittere Enttäuschungen nicht ausbleiben. „Mundus vult scundus“, sagte Franz List einmal. „Die Welt will Schund!“ Eine grausame Wahrheit! Aber die Künstler machen immer wieder die Erfahrung — gleichgültig, ob es sich um ein Publikum von Proletariern oder um ein solches von sogenannten „Gebildeten“ handelt — daß unter 100 Menschen immer nur 10 bis 20 sind, die hohe Kunst wirklich erfassen und sich nicht bloß zerstreuen und amüsieren wollen, daß es immer nur 10 bis 20 sind, die eine Saite in ihrem Innern haben, die beim Anhören gewaltiger Musik mitschwingt. Aber um dieser 10 bis 20 wertvollen Elemente willen arbeiten die Künstler heiß, und um dieser 10 bis 20 willen lohnt sich unsere Arbeit schon herzlich!

Der zweite Einwand, der gegen eine wahrhafte künstlerische Volksbildung erhoben wird, ist ein ganz fürchterlicher. Er ist zurzeit in folgende Form gekleidet worden: „Der Arbeiter hat nicht nach den Sternen emporzusehen, er hat zu lernen, Barteitaden zu bauen“. Hiermit findet die bei vielen Kommunisten verbreitete Ansicht Ausdruck, daß alle geistige und speziell künstlerische Betätigung den Arbeiter einschläfert und für seine Hauptaufgabe, die Revolution, untauglich macht! Ja, glaubt man denn wirklich, die wahre Revolution bestehe darin, daß das Proletariat die Macht an sich reißt, ohne daß es sich zuvor die geistigen Qualitäten und die neue Gestaltung erarbeitet, die für eine neue, bessere Gesellschaftsordnung unerlässlich sind? Ohne die notwendigen geistigen Voraussetzungen schafft man nur einen theoretisch konstruierten sozialen Apparat, der tot ist und schlecht funktioniert, und eine bloße Machtergreifung, keine von Grund auf neue Gesellschaftsordnung!

Arbeiter! Wenn ihr in dem fürchterlichen Kulturzusammenbruch, den wir jetzt erleben, nicht rettet, was zu retten ist, dann ist alles verloren! —

Erweist euch würdig des stolzen Goethewortes: „Wir bekennen uns zu dem Geschlecht, das aus dem Dunkeln ins Helle strebt!“ Hans Herwig.

Ausgrabungen mit Röntgenstrahlen.

Wenn der Paläontologe in einem Gesteinsstück Reste vorzeitlicher Tiere oder Pflanzen gefunden hat und in den herumliegenden Gesteinsbrocken noch weitere interessante Fossilien vermutet, dann blieb ihm bisher nichts weiter übrig, als die Steine zu zerbrechen und auf diese Weise zu suchen. Als nun die Röntgenstrahlen entdeckt wurden, dachte man bald daran, diese neuen Methode für die Fossilienkunde zu verwenden, aber es stellten sich große Schwierigkeiten entgegen die erst jetzt vollständig überwunden worden sind. Heutzutage kann der Geologe getrost mit Röntgenstrahlen auf die Fossilienjagd gehen, denn es stehen ihm vorzügliche Apparate zur Verfügung. Man kann jetzt klare Bilder des Körperinneren in Bruchteilen von Sekunden erzeugen und daher sofort feststellen, was sich in einem Gesteinsstück befindet. Auf diese Weise läßt sich, wenn man die Lage festgestellt hat, aus einem Stück Sandstein ein Fossil in etwa 50 Minuten tadellos herauspräparieren, während diese Arbeit früher ohne die Vorunterstützung etwa zwei Tage dauerte. Eine Röntgeneinrichtung wird also bald zu den unentbehrlichen Apparaten für jedes paläontologische Institut gehören. Man hofft aber auch, das Verfahren so weit zu vervollkommen, daß die Gelehrten bei der Suche nach Fossilien mit Hilfe der Röntgenstrahlen Sandsteinblöcke von 30 bis 40 Zentimeter Dicke durchleuchten können, so daß das Verfahren nicht nur für die Präparation der Fossilien, sondern auch für ihre Auffindung von noch größerem Nutzen sein wird.

Künstliche „Naturseide“.

Die Kunstseide, die heute in unserer Industrie und in unserer Mode bereits eine so gewaltige Rolle spielt, hat mit der echten Seide nur den Namen gemein. Vom chemischen Standpunkt aus ist die bisher erzeugte Kunstseide etwas ganz anderes als die echte; sie ist ein Zelluloseprodukt, während echte Seide ein eimeißähnlicher Körper ist. Seit langem strebt man nun danach, einen vollwertigen Ersatz für die echte Seide zu schaffen, bei dem durch Verarbeitung eimeißähnlicher Stoffe in hamischer und physikalischer Hinsicht dieselben Eigenschaften wie bei der echten Seide hervorgebracht werden. Bisher hatten diese Versuche keinen Erfolg gehabt. Nun ist es aber im Kaiser-Wilhelm-Institut für Kaiserstoffchemie gelungen, einen mit der Naturseide identischen Fäden aus Chitin herzustellen, das aus den Flügeldecken von Käfern, Heuschrecken und Krebsen gewonnen wird. Das Chitin wird durch ein Verfahren, das bisher noch geheimgehalten ist, in eine zu feinsten Fäden verarbeitbare Lösung überführt. Die Lösung erstarrt an der Luft zu Fäden von seidnenartigem Glanz, die dieselben Eigenschaften wie die Naturseide haben, sie aber an Festigkeit noch übertreffen. An der praktischen Auswertung dieses Verfahrens wird noch gearbeitet, aber jedenfalls bedeutet es bereits einen außerordentlichen Fortschritt, daß man auf künstlichem Wege einen mit der Naturseide identischen Fäden erzielen kann.

Sozialistische Literatur-Rundschau

Zur Ideologie der deutschen Faschisten.

Helmuth Franke: Staat im Staate. Stahlhelmverlag, G. m. b. H., Magdeburg 1924, 261 Seiten.

Derselbe: Wir brechen die Bahn! Der Aufmarsch, Verlagsgesellschaft m. b. H., Leipzig 1926, 170 Seiten.

Zu der ganzen Literatur der rechtsradikalen Bewegung gibt es nur sehr wenige Schriften, in denen man irgendwelche ursprünglichen eigenen Gedanken finden kann. Meistens steht nichts darin, als angelehnte Phrasen, die wie ein geistiges Egerle-Rezept aus dem alten, konservativ altdeutschen oder antisemitischen Schlagwortschatz einfach übernommen sind. Helmuth Franke gehört zu den wenigen, die wirklich zu sagen versuchen, wie die politische Jugend in den rechtsradikalen Kreisen denkt und fühlt. Er spricht für jene jungen Leute, die dem Kapitalismus die Kränkel aus dem Feuer holen sollten, die unter Rapp, Ehrhardt und Hitler gegen die Republik marschieren und, während sie Deutschland aus der Knechtschaft von Versailles zu befreien hoffen, im Grunde nur für die Diktatur der Wirtschaftswörter wirken. Und er spricht für die Besten unter ihnen: für jene, die im politischen Gegner nicht nur ein Objekt zum Niedertriften sehen, die für das Streben und Ringen auch auf anderer Seite einen Blick haben und es zu begreifen suchen. Was diese Leute bewegt, für was sie sich einsetzen wollen und was sie erfahren haben, muß auch uns Sozialisten interessieren, denn sie sind unsere schlimmsten, menschlich wertvollsten und eben deshalb gefährlichsten Feinde. Die Jugend, als deren Wortführer Helmuth Franke auftritt, ist in eine ausstufende Stellung geraten. Daß sie schon von 1919 bis 1923 gar nicht für den nationalen Staat, sondern für Stinnes und Leinesgenies gekämpft hat, dessen ist sie sich nicht bewußt geworden. Aber daß heute Stresemann, Luther und Hindenburg nicht die Erfüllung ihrer Hoffnungen bedeuten, hat sie wohl oder übel erkennen müssen. Da sie sich von allen Parteien der Welt verraten fühlt, sucht sie jetzt mit doppelter Anstrengung aus sich heraus ein politisches Führertum zu erzeugen. Das kann ihr nicht gelingen, denn so wie die Leute um Helmuth Franke es sich denken, kann man überhaupt keine Politik machen. Die intuitive, blutgeborene Tat soll das politische Leben gestalten, der grübelnde Verstand soll nicht mehr herrschen. Wie jeder Tätige, der zielbewußt wirken will, muß auch der Politiker die Gesetze des Stoffes kennen, den er gestaltet. Nur wer über die Bedingungen des politischen Handelns Bescheid weiß, die aus dem Wesen des Gesellschaftlichen sich ergeben, wird in der Politik die Wirkungen erreichen, die er anstrebt. Sie zu erkennen, lehrt uns aber kein Instinkt. Hier hilft schon nichts anderes als der Intellekt, den die instinkt-gläubigen Volklichen entthronen wollen. Was Helmuth Franke an politischen Programmpunkten entwickelt, zeigt deutlich, daß er die Notwendigkeit nicht würdigt, Politik auf die verstandesmäßige Erkenntnis der gesetzmäßigen Zusammenhänge des gesellschaftlichen Daseins aufzubauen. Wie viele andere Anhänger seiner politischen Richtung verfährt er z. B. den Gedanken des berufsständischen Parlamentarismus: Der Staat soll die Wirklichkeit an die Berufsstände anpassen. Er sieht nicht, daß damit der Staatsbegriff entleert würde, weil die Abtreibung der Wirtschaft vom Staate diesen des wichtigsten Einflusses auf die äußere Lebensgestaltung des Volkes berauben müßte. Und er erkennt nicht einmal die Machtlosigkeit, zu der ein staatlicher Apparat verdammt wäre, der mit den Mitteln der Gesetzgebung und Verwaltung auf die Mächte der Wirtschaft nicht mehr wirken könnte. Durch den Begriff der „wirtschaftsneutralen Regierung“ täuscht er sich darüber hinweg, daß der Staat nur ein Ausdruck der politischen Kräfte ist, die im Volk lebendig sind, und daß man für die Hebermacht der wirtschaftlich Herrschenden nur ein Gegengewicht schaffen kann durch die politischen Rechte der wirtschaftlich Beherrschten. Ihm fehlt überhaupt die Vorstellung, daß erfolgreiche Staatskunst niemals ein willkürliches Konstruieren ist, sondern daß nur solche staatliche Gestaltungen Dauer haben können, die durch lebendige Kräfte genügend harter gesellschaftlicher Gruppen gestützt werden. Weil das so ist, muß der Politiker, der Neues schaffen will, zunächst durch Werbung die Kräfte schaffen, die das Neue tragen können. Niemals kann er von außen her etwas verwirklichen wollen, was der Lagerung der gesellschaftlichen Kräfte nicht entspricht. Die Demokratie ist der gesellschaftliche Apparat, dessen Wesen es ist, neue geistig-gesellschaftliche Kräfte gegen Antezedierung mit Gewaltmitteln zu schützen, sie aber dann erst zur Herrschaft kommen zu lassen, wenn sie ihr Recht dazu durch ihre Stärke bewiesen haben. Die Faschisten um Helmuth Franke preisen im Gegenzug dazu eine Staatsverfassung im Sinne der „absoluten Parteien“, das heißt eine Diktatur. (In manchen Stellen dagegen findet sich bei Franke die richtige Einsicht, daß Diktatur nur als vorübergehender Zustand möglich ist.) Diese „absolute“ Politik glaubt es nicht nötig zu haben, erst die Gestaltung der geistig-gesellschaftlichen Kräfte zu ändern, ehe das äußere Geschehen geändert wird, sondern sie will verwickeln, was sie für richtig hält, ohne sich mit der Eroberung der Kräfte zu plagen. Das ist wider das Wesen der Politik und darauf läßt sich keine dauernde Gestaltung gründen. In einem Punkt aber hat Helmuth Franke recht: In der Jugend, nicht nur in der rechtsradikalen Jugend, ist ein Zug, der auf dieses „Absolute“ hinaus will. Darum bedarf jede politische Jugendbewegung des Anschlusses an eine politische Gesamtbewegung, und es ist eine große Kräftequelle für den Sozialismus, daß der Zusammenhang zwischen der Jungsozialistischen Bewegung und der Arbeiterbewegung als Ganzes gewahrt geblieben ist. Auch bei uns ist freilich das Verhältnis von Jugendbewegung zur politischen Gesamtbewegung nicht ohne Probleme, und gerade dieser Umstand macht es für uns wichtig, auf das Schicksal der rechtsradikalen Jugendbewegung einen Blick zu werfen, in der diese Probleme viel deutlicher sich zeigen haben.

Der letzte Antriebs jener Rechtsradikalen, die wie Helmuth Franke ehrlich mit sich selber und mit den Parteipolitikern ihrer Richtung um ein politisches Programm ringen, ist die Furcht, daß durch Demokratie und internationale Organisation der Völker das heroische Geschehen, die „blutige Tat“ aus dem Dasein der Menschheit verschwindet. Sie wollen keinen Apparat, der die gesellschaftlichen Kräfte zum Ausgleich bringt, sondern sie wollen den Kampf äußerer Gewalt. Es ist der alte Streit um den ewigen Landfrieden, der hier wieder einmal ausgefochten wird.

Gewiger Friede — ein Preisverleih für Gewalt, Streit, Lüge, Freigeist, wenn aller Tugend Krone, wenn Mut und Stolz verflochten ist.

Diese Streit ist für die Verteidigung der Gewalt ausichtslos. Sie sind im Grunde besetzt durch die Umwälzung der Technik. Ein moderner Produktionsapparat ist unanfällig, wenn die politischen Entscheidungen von den Massen abhängen. Die auf der Verbesserung und Spezialisierung der technischen Anlagen beruhende Wirtschaft benötigt keinen Kampf, sie verzehrt auch keinen Weltkrieg mehr. Entweder wir kehren zur Wirtschaft unserer Großväter und Urgroßväter zurück, das heißt zum Gewaltentstand zurück, oder wir richten unser gesellschaftliches Dasein so ein, daß es die Produktionsmittel tragen kann, die wir geschaffen haben. Das bedeutet, daß auch in der politischen Dingen nichts der Willkür, nichts zufälliger Machtüberlegenheiten des Einzelnen und nicht gewaltsam herbeigeführten Kräfte überlegen ist, sondern daß alle Kräfte in Widerstandsformen gebunden werden, die einen Zusammenhang aufweisen. Bei Helmuth Franke fehlt manches wichtige Wort über die moderne Technik, aber bei ihm ist bei jeder Gelegenheit ausgesprochen, daß der Verzicht auf die Umwälzung des Lebensstandes ausgesprochen werden, den wir ihr verdanken, und es gibt wohl

auch niemand, der diesen Verzicht aussprechen wollte. Deshalb muß der Faschismus, auch wie ihn Helmuth Franke vertritt, die Forderungen gegen sich gelten lassen, die sich aus dem Wesen der modernen Produktionsorganisation ergeben. Das auch ohne die Romantik des inneren und äußeren Krieges, Kraft und Willkür nicht aussterben wird, das wollen wir den Feinden der Demokratie durch die Tat beweisen.

Karl Landauer (München).

Das Lebensbild Max Webers.

Marianna Weber, Max Weber, ein Lebensbild. Tübingen 1920, Verlag J. B. C. Mohr, 719 S. und 11 Tafeln. Der frühe Tod des weitläufig bedeutendsten Sozialwissenschaftlers der letzten Jahrzehnte deutscher Universalgeschichte ist für die akademische Vertretung seines Faches und für die politische Entwicklung der jüngeren Schicht der deutschen Gebildeten ein gleich großes Unglück geworden. Webers Arbeiten zur Soziologie der Weltreligionen gehören zu den stärksten Anregungen sozialwissenschaftlicher und historischer Forschung, die je von einem einzelnen Manne ausgegangen sind. Seine Beiträge zur Frage der Methode in der Sozialwissenschaft sind noch unausgeschöpft. Was seine ganze Lebensarbeit auf das stärkste von der materialistischen Geschichtsauffassung angezogen, so haben seine Untersuchungen zur Weibchenfrage, deren Ergebnisse der Toten selbst noch gar nicht entzogen oder auch nur überblicken konnte, wohl Entscheidendes zur Verbesserung dieser unserer Geschichtsauffassung beigetragen und auch die jüngste marxistische Literatur — z. B. das wichtige einschlägige Buch von Lulacs — zu beeinflussen begonnen. Zur eigentlichen Dekonomie hat der Gelehrte, der von Hause aus Jurist war, nur einige sehr gründliche wirtschaftspolitische Einzelstudien beigetragen, darunter ein noch heute unerwähnte Anregungen ausströmendes Buch über die Agrarprobleme des deutschen Ostens und Untersuchungen über das Berufsständische der Arbeiter. Zu einer eigenen Stellungnahme in der ökonomischen Theorie ist er dagegen nicht gekommen. Beiläufige Bemerkungen, die von ihm bekannt sind, lassen vermuten, daß hier nicht nur literarisch unvernünftig blieb, was gedanklich schon fertig gewesen wäre, sondern daß Weber zur systematischen Auseinandersetzung mit dem Sinn ökonomischer Theorie und mit der Einordnung dieses zentralen Arbeitsgebietes in seine Auffassung der Sozialwissenschaft überhaupt nicht gelangte. Auch der Sozialismus hat ihn nur in seiner Bedeutung für die Situation Deutschlands unmittelbar nach dem Kriege beschäftigt, von der aus kein eigentlicher Sinn überhaupt nicht zu erfassen war. Als Politiker hat Weber, von der nationalliberalen Tradition seines Vaters ausgehend, die stärksten Anregungen für die nationalsozialistische Bewegung Krausmanns gegeben, der erst von ihm die Verbindung des Gedankens staatlicher Sozialreform mit nationalpolitischen Forderungen, seinen „Sozialimperialismus“ lernte. Im Kriege aber trat Weber aus realistischer Erkenntnis der wirtschaftlich-militärischen Lage früher und schärfer als andere für Verständigungspolitik und Demokratisierung ein, und für die Schaffung der Weimarer Verfassung hat er in einflussreichen Veröffentlichungen und Kommissionsberatungen entscheidende, freilich nur zum Teil angenommen Anregungen gegeben. Innerhalb der Universitäten trat er schon unter dem mächtigen Ministerialdirektor Althoff der Politisierung von Forschung und Lehre entgegen, wie er auch der Schwärmerie gewisser kleinrevolutionärer Mündigeren Exzellenzen die hätte Forderung nach Erkenntnis der Realisationsbedingungen entgegensteckte und nach am Ende seines Lebens nötig vollständigem Studienabbruch widerstand.

Im ganzen war Weber vielleicht die letzte hervorragende Gestalt aus dem bürgerlichen Zeitalter, dessen gegebene Führer politische Professoren waren. Daß er zur praktischen Führungskraft nicht gelangte, und sogar von einer sicheren Spitzenkandidatur zur verfassunggebenden Nationalversammlung verdrängt wurde, daß er innerlich Erkenntnis und Willen bereits als unverbundene, nur durch Glück und Entzogenheit des Einzelnen verbindbare Elemente des geistigen Lebens empfand, zeigt ihn bereits als tragische Natur aus der Untergangzeit dieser Epoche. Seine angebene Entzogenheit von der ökonomischen Theorie verhielt ihn wohl die Notwendigkeit dieses Untergangs und auf die unwissenschaftlichen Gefühls-Prophezeien einer Kulturkatastrophe zu hören, verbot ihm kein intellektuelles Pflichtgefühl. Die aus diesem Pflichtgefühl geborenen Leistungen aber werden ihren Platz auch in einer geistigen Welt behalten, in die Weber nicht mehr herüberwand, deren Aufstieg ihn aber wissenschaftlich entscheidend anregte. Und werden wird das Bild dieses Charakters voll höchsten sittlichen Genüses, dessen Werden und Entfaltung uns jetzt das vorliegende Buch näher kennen lehrt.

Webers Gattin, von der die die inhaltreiche und formvollendet abgerundete Darstellung stammt, ist selbst als wissenschaftliche Darstellerin der Entwicklung der Frauenrechte und als demokratische Politikerin und Führerin in der bürgerlichen Frauenbewegung wohl bekannt. Sie hat in der Lebensbeschreibung ihres toten Gatten ihr Bestes und ihr Eigenstes gegeben. Die knappe Darstellung der Vorfahren und des Elternhauses gibt einen lebendigen Querschnitt durch die kaum je so bedeutend herausgehobene Kulturgeschichte des Bürgertums des vorigen Jahrhunderts und nebenbei auch feinsinnige Studien zu Eheproblemen, mit denen es an jenseitiger Darstellung wie an geistiger Tiefe keine neuere Romandichtung und keine diesen Fragen gewidmete wissenschaftliche Spezialarbeit aufnimmt. In der eigentlichen Lebensbeschreibung von Weber selbst kommt das Werden so lebendiger zur Darstellung als die Leistung, die gleichfalls im Lebensbild dargestellt wird, zu der die Verfasserin aber nicht den gleichen bewundernswerten Aufwand gewinnt wie zu den personellen Werken. Man darf vielleicht sagen, daß darin dieses Buch von Marianna Weber sich über die von der Art des Toten untersteht als ihre frühere, wohl unter keinem Einfluß nicht nur in der Stoffwahl unpersoneller gehaltenen Leistungen. Der Text selbst, welcher zeigt sich die Verfasserin gelegentlich, z. B. beim Abdruck eines Wiener Zeitungsartikels über die Art keiner Vorlesungen auch bewußt, hat keine eigene Hervorhebung bekommen. Auch der etwas erhabene gehobene Stil, in dem etwa der Dichter Stefan George — die Verfasserin nennt ihn „den Meister“ — dargestellt wird, scheint mehr von George als von Weber her herzufließen. Über die Frage wird man es sich selbst überlegen können, daß eine Frau, und nun gar die eigene Frau, anders über den Mann schreibt, als er es selbst getan hätte, der sich übrigens freilich beizunehmen vermag, die in manchen hier abgedruckten Stellen zum Ausdruck kommende Harmonie ihres Zusammenlebens. Die reichlich wiedergegebenen Briefe und Briefchen aus Max Webers eigener Feder, die selbstverständlich zum Werkstoff des Buches gehören, zeigen auch in der Auswahl der Verfasserin den Stilunterchied deutlich genug.

Ein Schriftensverzeichnis bietet der Abkürzung des künftigen Lesers. Selbstverständlichkeit kann es nicht beanspruchen, da z. B. auch die im Text benutzten gebräuchlichen Distinktionen auf den Buchstabenverzeichnissen zu Anfang dieses Jahrbuchs bereits stehen. Im ganzen haben wir wenig zu gehaltvolles und literarisch so bedeutend gewinnendes Material zur eigenen Kenntnis der Zeit zwischen 1890 und 1920 als wir dieses Buch, das freilich in jeder Hinsicht abgeschlossener Art ist, für die Generation z. B. Weber, der sich selbst ein Bild über rechtlichen Zeit erhellend zeigt — der als manches nicht selbständig Genannte aber Schriftensverzeichnis in Webers eigener Welt.

Buchbesprechungen.

Karl Vorländer: Kant und Marx. Zweite, neu bearbeitete Auflage. J. B. C. Mohr, Tübingen, 1926. 328 S. Vorländer hat in seiner Neubearbeitung der Kant und Marx-Schrift seinen systematischen Standpunkt beibehalten, hat aber in seiner Ethik die Grundlagen für die Fassung des Sozialismus als sittlicher Idee geschaffen; 2. Kants erkenntnistheoretische und Marzens entwicklungs-geschichtliche-ökonomische Methode schließen einander nicht aus, sondern fordern beim Übergang von der sozialistischen Idee zur Praxis einander gegenseitig. In Marzens ökonomischer Methode arbeitet methodisch Idealismus im Sinne des Kritizismus. Der Wert der Schrift liegt insofern nicht in diesem systematischen Ergebnis, sondern in dem historischen Material, das sie zur Entwicklung dieser Frage und damit zur Philosophie des Sozialismus beisteuert. Kant politische und soziale Philosophie wird geschilbert, ein Ueberblick über die philosophische Entwicklung von Marx und Engels gegeben, die Idealistischen Nebenströmungen in Kants Ethik, die gen (den Verfasser wohl doch etwas überfordert), Lawros Jours werden dargestellt. Ein ausführliches Kapitel ist der Sozialphilosophie des Neukritizismus (K. A. Lange, C. G. R. Kantor) gewidmet. Cohen will nur den im Idealismus die Ethik begründeten Sozialismus anerkennen, verlangt die radikale Aufgabe des historischen Materialismus, die Anerkennung der Idee von Gott, Staat und Volk, wird aber doch Marx persönlich in seiner Kennzeichnung als „großem Satiriker, als „Gefährdeter Gottes der Geschichte“, gerecht. Kants Gedanken über die scheidenden Erziehungsbedingungen in der Gemeinschaft und die entscheidenden Gemeinschaftsbedingungen in der Erziehung, wie sie besonders seine Schrift „Sozialidealismus“ entwickelt hat, sind auch heute noch fruchtbar. Dagegen schildert uns das Kapitel „Kant und der Revisionismus“ mancherlei Rahmalgetreue über das Verhältnis von Ethik und materialistischer Geschichtsauffassung, die uns nicht mehr recht interessieren können. Nicht ist Vorländers Ausschließung, daß der Revisionismus den Sozialismus für die Anwendung ethisch-belasteter Geschichtsauffassung, ohne von diesen Gebrauch zu machen. Bei der Darstellung der Beziehung von Neukritizismus und radikalem Marxismus muß natürlich Marx Adlers eigenartige Synthese kritischer und dialektisch-materialistischer Methode im Vordergrund der Betrachtung stehen. Der etwas dürftig ausgefallene Ueberblick über das letzte Jahrzehnt, das das für die Philosophie des Sozialismus sehr reichhaltig ist, zeigt, daß diese Philosophie eben nicht mehr im Zeichen der Auseinandersetzung Kant und Marx steht.

Professor Dr. S. M. A. d.

Hermann Glöner: Der Begriff in Hegels Philosophie. Tübingen, 1924. J. B. C. Mohr, 87 Seiten. Diese Schrift ist im wesentlichen eine für Fachphilosophen bestimmte Arbeit und auch für diese durch Festhalten der spekulativ-philosophischen Ausdruckswiese Hegels nur teilweise genießbar. Immerhin wird auch der an Hegels neugewonnenen Weltbedeutung interessierte Nicht-Fachmann sich durch einige Bemerkungen anregert fühlen. Auf die Verbindung Hegels mit der Romantik und seinen Versuch, das „Chaos außerhalb des Systems“ durch den Begriff zu bändigen, legt der Verfasser Gewicht und bezeichnet diesen Begriff Hegels mit Recht als ein „logisch-metaphysisches, als ein religiös-ästhetisch-theoretisches Weltgebilde“. Hegels Satz „der Verstand ist die Vernunft in ihrer Nichttotalität“ ist für den Marzisten durch die Gedankengänge von Lukacs geklärt. Das Verfassers Unterzeichnung einer auch im wissenschaftlichen Denken zu bejahenden Problem-Intuition und einer in dieser Sphäre abzuwehrenden intuitiven Problemlösung ist weiteren Nachdenkens wert.

Hans Wislitzki: Von den Barbaren zu den Primitive. Die Naturvölker durch die Jahrhunderte. 126 Seiten und 49 Abbildungen. Leipzig, J. A. Brodhaus 1926. Das Buch will in weiteren Kreisen historisch vertieftes Verständnis für die Bedeutung der Kultur der Naturvölker und damit für völkertundlich-kulturwissenschaftliches Forschen wecken. Zu diesem Zwecke stellt es sich die Aufgabe, das Zustandekommen des gegenwärtigen Kulturbildes der Menschheit zu schildern. Das Material darüber war bisher in der Hauptsache in anderen größeren Werken verstreut. Wislitzki zeigt, wie das völkertundliche Wissen früher, besonders im Altertum und Mittelalter, ein Gewirr phantastischer Ueberlieferungen und Unmöglichkeiten war und wie erst mit dem Zeitalter der Entdeckungen die Anschauungen sich der Wirklichkeit zu nähern begannen. Allerdings war die Stellung der Beobachter bis in die jüngste Zeit hinein dabei sehr stark abhängig von dem politischen und wirtschaftlichen Verhältnis, in dem sich Europa zu den Völkern primitiver Kultur befand. Das geht aus dem Werkchen sehr deutlich hervor. Die Abbildungen sind vorzüglich.

Die führende Zeitschrift für Justizreform.

In der Aprilnummer der „Justiz“ bespricht Eduard Weisbach, der Leiter der Rechtschule Dreißigacker, das Verhältnis des Juristen zum Laien. Er hebt hervor, daß die Spannung, die zwischen dem Fachmann und dem Laien besteht, auf der verschiedenen Auffassung von der Justiz beruht. Der Jurist geht vom geltenden Recht aus, der Laie von der Gesehenssachlichkeit. Eine Ueberbrückung der Gegensätze ist möglich, wenn der Jurist seine Aufgabe sozialpädagogisch auffaßt und dem Laien das Verhältnis vom geltenden Recht nahe zu bringen versucht, gleichartig aber selbst die logischen Bedingungen alles Gesehensrechtes erkennt.

Ernst Fuhs untersucht das Verhältnis der Pretrichslehre zum deutschen und ausländischen Rechtsdenken. Er hebt hervor, daß der englische und der französische Jurist nicht so hochbedeutungsvoll ist wie der deutsche Jurist. Interessant ist die Entwicklung des Rechtes in Gifach-Gottingen. In Gifach-Entscheidungen geht auf Grund des Friedensvertrages bis zum 1. Januar 1925 nach deutsches Recht. Das deutsche Gesetz ist aber von den französischen Richtern ganz anders und man darf sagen, in mehr dem Leben zugewandeter Weise angewendet worden, als von den deutschen Richtern. Der Präsident des Zivilgerichts in Straßburg, Carrs, hat dies damit gerechtfertigt, daß der französische Richter das Urteil mehr auf Grund seines gemäßigten Gutverhältnisses als auf Grund logischer Ableitung, mehr durch die Suche nach einem wirtschaftlich richtigen und menschlich zu triftigem Resultat als durch formale juristische Weisheit findet. In der Jurisprudenz, so meint er, rechtfertigt der Jura die juristischen Mittel. Der deutsche Richter dagegen sei zu sehr von dem Gesehensrecht gefangen, wie überhaupt von einer gewissen Neigung zur Abstraktion und einem ausgeprägten Respekt vor formaljuristischer Ableitung.

Hervorgehoben sei noch der in dieser Nummer der „Justiz“ enthaltene von einem Pseudonymen Parteigenossen stammende Aufsatz, der einen Entwurf für das Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung enthält. Der Entwurf ist brauchbar und verweist die Anregungen, die bisher in der Literatur von sozialistischer Seite gegeben sind, wohl vollständig. Ueber Einzelheiten kann man streiten, der Entwurf wird aber ausdrücklich als Diskussionsgrundlage mitgeteilt. Zu erwähnen wäre noch ein Aufsatz von Kolenberg über Weisbach, ein Aufsatz von Theodor Belling über das Gesetz über die Halle-Gesetz und zwei Aufsätze von Otto Bartsch über das Fall-Kroner und zur Justizreform. In ganzen kann die Lesure dieses Heftes der „Justiz“ gerade auch dem Laien sehr empfohlen werden.

Dr. G. E.